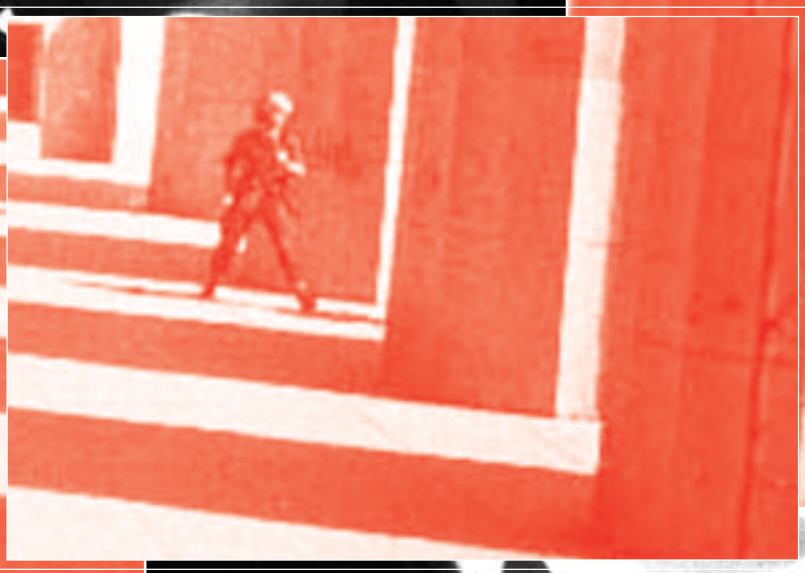
Alhambra

Zeitung und Programm



juni 03

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

castor durch ol / redredred 03
bilder vom 1. mai 04
women reclaim the street 06

schwerpunkt lateinamerika
veranstaltungsreihe 08
viva osama 10
landlose in brasilien 13
fabrikbesetzungen in argentinien 15
usa vs. lateinamerika 17
zapatistische basis in chiapas 19

buko-kongress in bremen 23

crush hour concerts präsentiert:

mono für alle + madame chaos

Voller Stolz präsentieren wir am Donnerstag, dem 10.7., um 21Uhr Mono für Alle aus Marburg und Madame Chaos aus Oldenburg. Mono für Alle verbinden exorbitante Orgelriffs mit genial krachenden Schlagzeugrythmen und dreckigen Bassläufen zu lustig zynischen Meisterwerken mit Anspruch und Charme. Madame Chaos machen wunderbaren pünk mit Krachern wie „ein Dessert hat nicht immer Recht".(sie sind einfach nur toll)

donnerstag, 10.7.03, 21 uhr

sonstige termine:
montag 07.07. **pantheon rococo** latin punk ska aus mexiko
montag 01.09. **vialka** aus tschechien, **nitroglycerine**, **firecracker** beide aus ol
sonntag 28.09.: **guts pie earshot!**

In den Abendstunden des 13.5.2003 wurde zum wiederholten Mal ein Castor-Behälter mit hochradioaktiven Brennelementen aus dem AKW Esenshamm von der Deutschen Bahn durch Oldenburg transportiert.
Ziel des Transports war die „Wiederaufarbeitungsanlage“ Sellafield in Grossbritannien. Dort sollen die Brennelemente zerkleinert und in konzentrierten Säuren zerkocht werden, um so das Uran und Plutonium so weitgehend wie möglich von den übrigen hochradioaktiven Stoffen zu trennen. Dabei werden die radioaktive Müllmenge verzwanzigfacht und die Umgebung von Sellafield und die Irische See schwer verseucht: Die Forschung an Tauben aus der Region Sellafield bedarf z.B. in Deutschland wegen ihrer massiven Verseuchung einer Sondergenehmigung durch das Bundesamt für Strahlen“schutz“. Die Leukämie-Rate unter Kindern in der Region Sellafield liegt zehnmal höher als im übrigen Grossbritannien. Für Meerestiere aus der Irischen See müssen wegen ihrer radioaktiven Verseuchung immer wieder Verkaufsverbote erlassen werden. Die spezifische Verseuchung durch die WAA Sellafield lässt sich im ganzen Nordatlantik und in der Nordsee nachweisen.

Betrieben wird die WAA Sellafield in erster Linie, weil sie ein wichtiger Teilbereich zur Produktion von Atomwaffen ist und in zweiter Linie, weil sie es den deutschen Atomkonzernen ermöglicht. ihre hochradioaktiven Abfälle für mehrere Jahrzehnte im Ausland verschwinden zu lassen. Dies ist als so genannter „Entsorgungsnachweis“ Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung der Atomkraftwerke in Deutschland.

Das abgetrennte Uran wurde übrigens (verseucht mit Plutonium-Resten) in panzerbrechender Munition in den Kriegen im Irak, in Jugoslawien und in Afghanistan verwandt. (Die Herkunft lässt sich durch seine spezifische Zusammensetzung nachweisen.) – und verursacht dort heute massenhaft Leukämie und diverse andere Krebsarten.

Eigentlich sollte ja auch dieser Castor-Transport still und heimlich seinen Weg durch die Lande nehmen. Nicht einmal Feuerwehren und Katastrophenschutz sollten etwas erfahren. Warum auch, wo ein Castor-Behälter doch, wenn er in eines der schweren Bahnunglücke in Deutschland in den letzten Jahren geraten wären, jedes Mal geborsten wäre? – und anschließend eine umgehende Totalevakuierung diverser Quadratkilometer nötig geworden wäre!
Allein, es wurde wieder nix draus. Entlang der Transportstrecken war in den Vortagen wieder in diversen Orten informiert und zu Protestkundgebungen aufgerufen worden. So erfuhren die Bevölkerung -und auch einige Feuerwehren- davon.
Blockiert wurde der Castor auch: In Osternburg 15 Minuten durch einen Karton, der auf den Gleisen seinen Protest gegen die Atomwirtschaft ausdrückte und in Datteln in Nordrhein-Westfalen –gemeinsam mit Castoren aus anderen norddeutschen AKW’s 20 Minuten durch eine Menschenblockade, die rechtzeitig vor dem Eintreffen der Polizei wieder im Dunkeln der Nacht verschwand.

Nach dem Castor | ist vor dem Castor!

So 1.6.

CLOSET MONSTER (can) / TIME TO ACT (Hannover) / YUKON (Aurich) **20:00 h**

Di 10.6.

FORSTELLA FORD (usa) / TRAPDOOR FUCKING EXIT (Swe) **20:00 Uhr**

Di 8.7.

YAPHET KOTTO (usa) / THE NOW DENIAL (Münster) / OLIVER NORTH (BHV) **20:00 h**

1. Mai 2003

Auch dieses Jahr gab es die fast schon traditionelle autonome 1.Mai-Demo in Oldenburg. „Begleitet“ von einem nun fast auch schon traditionellen Bullenspalier zogen rund 400 Menschen um die City.
Die Bullen stressten zweimal rum:
- Ein Mensch wurde kurzzeitig festgehalten, da er mit Kreide (!) an eine Wand geschrieben hatte.
- Die Bullen meinten, dass die Demo nicht auf den Rathausmarkt dürfte. Die Demo sah das anders und es kam zu einen kleinen Gerangel.
Schließlich gaben die Cops den Weg frei.
Beendet wurde die Demo wie jedes Jahr mit einem Straßenfest beim Alhambra.

...denn wir sind uns sicher

es muss mehr als das hier geben:

Sonne, Freiheit, schönes Leben!

Revolution now!

women-reclaim-the-street

Erlebnisbericht:

Wir machen eine Frauendemo in Oldenburg

Erlebnisbericht: Wir machen einene Frauendemo in Oldenburg

Manche haben es vielleicht gemerkt - am Abend des 30. April 2003 gab es in Oldenburg seit langer Zeit mal wieder eine Frauendemo. Im Folgenden wollen wir versuchen für alle die nicht da waren zu erzählen wie es war und ein paar Einschätzungen und Diskussionen, die es vorher oder nachher gab, wiederzugeben. Vorweg ist es uns wichtig zu sagen, dass dieser Text nicht die Meinung des gesamten Frauenplenums wiedergibt, sondern manchmal ziemlich subjektiv ist. Wir sind zwei vom Frauenplenum, die an der Vorbereitung beteiligt waren und bei der Demo mitgelaufen sind und uns überfordert fühlen eine wirklich wahrheitsgemässe Darstellung aller Positionen rüberzubringen. Das ist aber auch gar nicht unser Anliegen, im Gegenteil hoffen wir, dass dieser Text einige anregt, ihre Sicht der Dinge darzustellen und eine tolle Diskussion (mindestens über die Demo) ins Rollen kommt. Aber zu erst einmal die Fakten:

Anfangs hatten wir noch grosse Zweifel, ob wir das Ganze nicht doch noch spontan abbrechen sollten, da viele auf sich warten lie§en und die Aufregung dann doch einsetzte, bei der Vorstellung, was uns in der Stadt erwarten würde. Um circa 22.30 h hatte sich, nach vielen letzen Vorbereitungen und Diskussionen, dann doch ein ziemlich bunter Haufen von 70 Frauen im Alhambra eingefunden. Dabei muss gesagt werden, dass es vor allem Frauen von au§erhalb waren, die hochmotiviert und mit viel Engagement einigen etwas Mut zurück gegeben haben. Genauso laut und bunt ging es dann Richtung Innenstadt. Was dabei sofort aufgefallen ist: Weit und breit waren keine Bullen zu sehen. Das führte auf der Amalienbrücke fast zu Komplikationen, wirkte insgesamt aber durchaus stimmungsaufheiternd. Ein weiterer Motivationsfaktor war aber auf jeden Fall auch der Spaziergang durch die Innenstadt selber. Wie zu erwarten, war alles voll mit betrunkenen, prolligen und andersgeartet ätzenden Männern. Die Demo war noch nicht ganz in der Fußgängerzone, als schon die ersten blöden Sprüche, Anmachen und Beschimpfungen kamen, was sich konsequent fortsetzte. Am heftigsten war wohl die Strecke zwischen Waffenplatz und Mottenstraße. Hier kam es auch zu körperlichen Angriffen auf Frauen in der Demo. Aber das hat eigentlich auch keine wirklich überrascht und im Großen und Ganzen haben wir uns ganz gut durchgeboxt. Auf Gepöbel wurde außerdem mit viel Wasser und Parolen geantwortet und wir waren einfach viel lauter. Inzwischen hatten die Bullen dann auch gemerkt, dass es eine Demo gibt, so dass wir ab dem Lefferseck von zwei sichtlich überforderten und zudem etwas angetrunken wirkenden Streifennasen begleitet wurden. Davor hatten wir allerdings viel Zeit einiges in punkto Stadtverschönerung zu erledigen und auch nach dem Eintreffen der Freunde und Helfer sind wir unsere Route ungehindert weiter gegangen .

Nicht vergessen werden sollte, dass es auch viele positive Reaktionen auf unsere Aktion gegeben hat, es wurden massenweise Flugblätter verteilt und ein paar Frauen haben sich uns spontan angeschlossen. Zurück im Alhambra wurde dann noch ein wenig oder ein wenig mehr gefeiert. Interessanterweise hat sich die Anzahl der Frauen auf der Disko vervielfacht..., aber dazu später.

Und was halten wir nun von dem Ganzen? Wie gesagt, wir sind überhaut nicht objektiv, trotzdem wollen wir versuchen die Meinungen im Frauenplenum darzustellen. Die gingen von „eher scheiße“ bis „super toll“, wobei sich fast alle einig waren, daß es gut war die Aktion überhaupt zu machen. Neben der Kritik an einigem organisatorischen Kleinkram, wurde festgestellt, daß die Demo im hinteren Teil wenig geschlossen war und sich dort einige eher hilflos gefühlt haben, während es im vorderen Teil, wo es feste Reihen und Ketten gab, kein Problem war, mit den teils tätlichen Angriffen einiger Männer fertig zu werden. Wären also auch noch eine Menge Bullen aufgetaucht, hätte dort hinten auch einiges nach hinten losgehen können. Gut war, daß es eine letzte Reihe gab, die alles ein bischen zusammengehalten hat, trotzdem hätten wir mehr Frauen gebraucht, die sich verbindlich um den Schutz der Seiten gekümmert hätten.

Ein anderer Punkt war, daß wir bei der Mobilisierung offensichtlich zu sehr von uns selbst ausgegangen sind, also nicht deutlich genug klargemacht haben, worum es uns geht. Dadurch gab es Missverständnisse über den Charakter der Aktion und damit Unsicherheit unsererseits wieviel Konfrontation oder Militanz von den Teilnehmerinnen mitgetragen werden würde. Für uns war klar, daß wir keine nette Walpurgisnacht-Feier machen wollten, nur um ein bischen Spaß zu haben. Wir hatten diesen Tag und Ort ausgesucht, weil gerade am Abend vor dem 1. Mai die Innenstadt eine No-Go-Area für Frauen ist, die keinen Bock haben sich scheiße anmachen oder begrabschen zu lassen. Wir wollten mit vielen genau da hingehen, wo frau alleine schon gar keinen Bock mehr hat rumzulaufen, mit vielen eine Konfrontation eingehen, die wir uns alleine nicht leisten können oder wollen. Und wir wollten eine Gegenmacht demonstrieren, andere Frauen zum Draufhauen statt Abhauen animieren. Aber das war eben wohl nicht allen klar, was eindeutig unser Fehler war. So beobachteten wir verwundert, daß sich Demonstrantinnen auf merkwürdige Diskussionen mit meist besoffenen, pöbelnden Männern einliessen, und ihnen Flugis in die Hand drückten, die anschliessend zu Papierfliegern verarbeitet wurden, das war nervig und eigentlich nicht unser Ziel. Andere waren entsetzt, ob der Möglichkeit mit den Bullen Stress kriegen zu können und waren überrascht, daß die Demo nicht angemeldet war. Letztlich denken wir, da§ wir es trotzdem ganz gut hingekriegt haben die Aktion so zu machen, da§ sie für alle tragbar war. Diese These basiert allerdings nur darauf, daß hinterher alle ganz zufrieden aussahen, viele begeistert waren und sich bisher niemand beschwert hat. Für eventuelle Kritik wären wir also ganz dankbar...

Eine weiterer Diskussionspunkt war die

EA-Frage. Wir hatten zuerst einen Mann engagiert, der sich ans Telefon setzt, falls wir alle im Knast landen. Daran gab es massive Kritik. Im Nachhinein sind wir uns einig gewesen, daß es eine Scheiß-Idee war, daß sich am Telefon ein Mann meldet, auch wenn das alle vorher wissen. Den Vorwurf, daß eine Aktion, an der, egal wie, ein Mann eine unterstützende Funktion einnimmt keine FrauenLesben-Aktion mehr sein kann und frau es dann lieber ganz sein lassen soll fanden wir aber eher anmaßend, denn das ist unserer Meinung nach Ansichtssache, kann frau also so oder so sehen. Die EA-Entscheidung ist dadurch entstanden, daß wir sowieso gerade mal genug waren, um selbst alle Jobs abzudecken, die unserer Ansicht nach nötig sind, um eine Demo so durchzuführen, daß alles erfolgreich läuft und das Risiko für alle Beteiligten möglichst gering gehalten wird. Zudem war uns wichtig, daß möglichst viele auf der Straße sind und nicht zuletzt hat sich natürlich keine der Organisatorinnen darum gerissen zu Hause zu sitzen, während die anderen auf der Straße sind. Es gab zwei öffentliche (z.B. in der Alhambra-Zeitung) angekündigte Vorbereitungstreffen, zu denen aber keine Frauen aus anderen Zusammenhängen erschienen sind, so daß wir leider auch keine Aufgaben weiter umverteilen konnten. Auch hier hätten wir mehr Frauen gebraucht, die sich verbindlich...

Fest steht, daß es bei Aktionen die vom Frauenplenum des Alhambras organisiert werden, immer eine indirekte Unterstützung von Männern geben wird, denn das Alhambra ist ein gemischter Laden, in dem wir uns alle bewegen und politisch arbeiten. Es kann immer sein, daß ein Computer auf dem das Aufrufflugblatt verfasst wurde von einem Mann gewartet wird, daß ein Mann ein Transi gemalt hat, was wir auch mitnehmen, daß ein Mann das Bier für die anschließende Party rangeschafft hat, wir benutzen gemischte Zeitungen für Aufrufe. Auch hier haben wir wieder zuviel von uns auf andere geschlossen und das irgendwie vorrausgesetzt. Letztlich fänden wir es eine spannende Diskussion, wo da die Grenze gezogen werden sollte, und auch mit welcher Zielsetzung. Ist es egal, wenn ein Mann das Flugi kopiert hat, wenn das niemand mitkriegt in der Öffentllichkeit, die ich vielleicht erreichen will? Reicht es, wenn keine der teilnehmenden Frauen einem Mann begegnen muß und können die, für die das egal ist sich an einzelnen Punkten Unterstützung holen? Oder geht es ums Prinzip? Vielleicht mag sich ja mal eine dazu äußern...

Zumindest wir Verfasserinnen waren trotz alldem ziemlich begeistert von der Demo. Endlich mal wieder eine gelungene Frauenaktion in Oldenburg. Zusammenfassend: Wir waren laut, bunt, hatten wahtscheinlich genauso viel Spass wie auch Stress. Ausserdem hat alles an Reaktionen gezeigt, wie wichtig es nach wie vor ist auf die Strasse zu gehen (und den Mackern dieser Welt ein wenig Angst zu machen).

Enttäuschend war allerdings die recht geringe Beteiligung aus der Oldenburger „Szene“. Viele, die wir erwartet hätten dort zu sehen, weil frau sie doch auch sonst auf den meisten aus dem Alhambra-Umfeld organisierten Demos und auch Parties trifft, waren nicht da. Klar, wir wollen keiner absprechen gute Gründe zu haben nicht zu kommen, doch wäre es zumindest interessant zu wissen, warum gerade bei dieser Aktion überproportional viele es zuviel fanden zwei Stunden Zeit zu opfern. Irgendwie hätten wir gerade hier das Gegenteil erwartet, wo klar war, da§ sowieso nicht so viele kommen und jede einzelne zählt und es zudem keine Aktion war, die frau jede Woche besuchen kann. Gibt es vielleicht gar kein Interesse an sowas, fanden die nicht-Anwesenden die Demo scheiße oder war es nur nicht so wichtig, um dafür die Abendplanung sausen zu lassen? Für uns wäre es wichtig Klarheit darüber zu kriegen, ob mensch sich den Arsch aufreisst für etwas, was keine (provokative Übertreibung) interessiert oder ob alles nur Zufall war - auch so für`s nächste Mal...

Spannend war in dem Zusammenhang auch, daß kurz nachdem die Demo wieder ins Alhambra zurückgekehrt war die Massen zu strömen begannen und von uns Party-bespaßt werden wollten. Viele von uns haben lange keine so volle FrauenLesbendisco in diesem Laden mehr besucht und sich gewundert, ob all diese Frauen keinen Bock auf politische Aktionen haben und nur hier Party machen wollen oder es nicht mitgekriegt haben. Hm, ein weiteres Rätsel...

Super an der Party (die sowieso schon ziemlich toll war) war, daß hier plötzlich viele Helferinnen bereit waren Sachen zu schleppen, Theke zu machen, spontan aufzulegen,... und uns, die alle schon ziemlich hinüber waren, unterstützt haben. Nochmal Danke dafür!

Also dann, schreibt eifrig Leserinnenbriefe!

Lieselotte & Trude

Women reclaim the street

Wir sind hier auf der Straße, um gegen sexualisierte Gewalt zu demonstrieren. Ebenso müßten wir jedoch durch mindestens jedes 3. Kinderzimmer von Mädchen, durch unzählige heilige Eheschlafzimmer und viele andere private Räume gehen, in denen Vergewaltigungen und andere sexualisierte Übergriffe stattfinden. Die ständige Angst vor Übergriffen und als Sexobjekt angesehen zu werden, kommt nicht von ungefähr, weil viele Frauen und Mädchen sexualisierte Gewalt immer wieder real erfahren, was sich in ganz unterschiedlicher Form ausdrückt: Anpöbeleien, als Frau nicht unbehelligt alleine in der Kneipe sitzen können, Begrapschungen, lästige Blicke, Nachpfeifen, zweideutige Angebote und Anspielungen, Sprüche bis hin zu tätlichen Angriffen...

Gewalt beginnt dort,
wo die Opfer gedemütigt, erniedrigt und verletzt werden.
Gewalt ist das, was Frauen und Kinder als Gewalt empfinden.
Nur sie wissen, was Anmache, Beleidigung, Prügel oder Vergewaltigung bei ihnen auslöst und anrichtet.

Diese Realität ist bitter. Diese Realität macht wütend.

Wehrt Euch, greift an!

Frauen bildet viele Banden - Ziele sind genug vorhanden
Frauen, wenn Ihr Lust habt, mit uns die Straße zu erobern:
Schließt Euch uns an!

Und feiert anschließend mit uns auf der FrauenLesbenparty im Alhambra

(verteiltes Flugi)

fragend gehen wir voran

Lateinamerika-Wochen
30. Mai bis 17. Juli 03
Oldenburg (Oldb)

Fr. 30. Mai:
Kubanisch - mexikanische Filmnacht

20.00 „Kubanisch reisen“ (Mexiko/Kuba/Dtl.)

22.00 „Amores perros“ (Mexiko)

Die Weite der cubanischen Provinz und der pulsierende Hexenkessel von Mexiko-Stadt werden an diesem Abend filmisch aufeinandertreffen. Dazu kommen ausgewählte Spezialitäten: Filme aus der Aufstandsbewegung der Zapatistas im Süden Mexikos.

Alhambra, Hermannstr. 83

Di. 3. Juni — Schwerpunkt Argentinien
„Kanal B – Special – Argentinien“ - Film

(Arg./Dtl. 2003, 60 min) Ein Jahr nach den großen Unruhen in Argentinien dokumentiert die Berliner Videogruppe Kanal B Prozesse der Selbsthilfe und Basisorganisation.

19 Uhr, AstA der Uni Oldenburg, Uhlhornsweg

Mi. 4. Juni — Schwerpunkt Brasilien
Land für die Landlosen - Vortrag

Pater Frei Ze Valdir Heinen arbeitet seit Jahren mit BäuerInnen in der MST und wird über Geschichte, Probleme und Ziele dieser Bewegung berichten.

20 Uhr, BIS – Saal der Uni Oldenburg, Uhlhornsweg

Do. 5. Juni — Schwerpunkt Argentinien
„Kanal B – Special – Argentinien“ - Film

20 Uhr, Kaluppe - Jugendcafé im Alhambra, Hermanstr. 83

Mo. 9. Juni — Schwerpunkt Argentinien
Krise und Aufbruch - Vortrag und Diskussion

Der Journalist Uli Brandt befasst sich seit Jahren mit den Prozessen und Dynamiken in Argentinien und wird über Hintergründe der Krise und Strategien der Bevölkerung berichten.

20 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83

Mi. 11. Juni — Schwerpunkt Brasilien
„Starke Wurzeln” – Film und Vortrag

Die Referentin Johanna Below zeigt den Film RAIZ FORTE” – “Starke Wurzeln”. Der anschließende Vortrag soll einen Einblick in die Geschichte der ungerechten Landverteilung in Brasilien geben.

20 Uhr, KHG, Unter den Linden 23

Mo. 16. Juni
„Rio Negro – das schmierige Geschäft der WestLB in Ecuador“ - Film

Die Ölförderung im Osten Ecuadors bedroht und zerstört nicht nur die einzigartigen Regenwälder der Anden, sondern auch die dort ansässigen indigenen Gemeinschaften. Der Filmemacher Heiko Thiele präsentiert seinen Film „Rio Negro“. Dieser beschreibt die Auswirkungen dieses schmutzigen Geschäftes ebenso wie den zunehmenden Widerstand gegen die Ausweitung der Ölförderung und die Verwicklung der Westdeutschen Landesbank.

20 Uhr, KHG, Unter den Linden 23

Do. 19. Juni — Schwerpunkt Mexiko
„Die Augen der Welt“ - Vortrag
Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas

Seit ihrem Aufstand sind die rebellischen Gemeinden in Chiapas heftigen Repressionen ausgesetzt. Internationale BeobachterInnen sollen durch ihre Anwesenheit Übergriffe verhindern. Die Referentin war als Menschenrechtsbeobachterin in Chiapas und wird in ihrem Diavortrag über die Situation und das Leben in den Dörfern berichten.

20 Uhr, ESG, Quellenweg 55a

Mo. 23.Juni
„Insel der Musik“ - Lesung

Spätestens mit dem „Buena Vista Social Club“ ist Musik aus Cuba auch hierzulande populär geworden. Daß die Insel jedoch noch mehr zu bieten hat, zeigt uns der cubanische Autor Miguel Mejides mit einem literarisch-musikalischen Abend.

20 Uhr, **Casablanca-Bistro**, Johannesstr. 17

Sa. 14. Juni (geänderter Termin)
Ché Guevara-Abend

Ché Guevara – Arzt, Guerillero, Revolutionär, Popikone. Hätte er einen bequemeren Weg gewählt, würde er heute 75 Jahre alt werden. Das soll gefeiert werden

Marvins, Rosenstraße 6

Di. 1.Juli *Schwerpunkt Mexiko*

Selbstverwaltung in Rebellion - Diavortrag

Bei der Lösung ihrer Probleme vertrauen die Zapatistas schon lange nicht mehr auf die Regierung. Hunderte von Dörfern haben sich zur „Autonomen Gemeinde“ ernannt und treiben die Entwicklung basisdemokratischer selbstverwalteter Strukturen in allen Lebensbereichen voran.

20 Uhr, 3.Welt-Laden, Auguststr. 50

Do. 3. Juli

Globalisierung der Solidarität statt Globalisierung des Profits und des Elends

Ein Erfahrungsbericht von Klaus Hagedorn (Hochschulpfarrer) über ein Dialogprogramm in Guatemala im Februar und März 03.

20 Uhr, KHG, Unter den Linden 23

Mo. 7. Juli *Schwerpunkt Mexiko*

„Land und Freiheit“ – Entstehung und Praxis der zapatistischen Bewegung

Wer sind die Zapatistas? Was wollen sie? Wie hat sich diese Bewegung entwickelt? Eine Einführung (nicht nur) für SchülerInnen.

19 Uhr, Helene-Lange-Schule (IGS Marschweg)

So. 13. Juli *Schwerpunkt Mexiko*

„Preguntando caminamos“ Der Zapatismus als Beispiel für Wege in eine andere Welt

Das zapatistische Polititverständnis - Anregungen für die politische Arbeit hier? Vortrag und Diskussion mit Menschen aus der Gruppe B.A.S.T.A., Münster

20 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83

Mo. 14. Juli

Neoliberalismus in Lateinamerika

Sozialabbau, Privatisierung, Vorrang der Wirtschaft vor dem Sozialen. Die Umsetzung der neoliberalen Ideologie schreitet auch in Europa weiter voran.

Die Länder Lateinamerikas sind dieser Entwicklung bereits länger ausgesetzt. Dorit Siemers vom Münsteraner Bildungsverein „Zwischenzeit e. V.“ wird die neoliberale Politik sowie deren Effekte auf die regionalen Ökonomien und die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung darstellen.

20 Uhr, ALSO-Halle, Kaiserstraße 19

Do. 17. Juli

Fiesta Latina

Das große Fest zum Abschluß, gemeinsam mit der Fachschaft Interkulturelle Pädagogik

ab 21 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83

Voller Freude präsentieren wir Euch und Ihnen die Lateinamerika-Wochen in Oldenburg. Den vielschichtigen Prozessen auf dem amerikanischen Kontinent wollen wir mit Diskussionen, Vorträgen, Filmen und Festen nähern. Dabei wird es diesmal drei Themenschwerpunkte geben.
Wir freuen uns auf Euer und Ihr Interesse.

die Vorbereitungsgruppe

eine Veranstaltungsreihe von:

* gruppe basta oldenburg
* 3.Welt Informations-zentrum & Laden

gefördert von:

inWEnt und ABP

V.i.S.d.P.: AK 3.Welt e.V., Oldenburg

Schwerpunkt Chiapas/Mexico

“Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit“ Unter dieser Parole erhoben sich 1994 weite Teile der indigenen Bevölkerung im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Heute, neun Jahre später, dauert der Kampf der Zapatistas gegen die jahrhundertelange Unterdrückung und Entrechtung weiter an.

Schwerpunkt Argentinien

Im Dezember 2001 stürzte das einstige Musterland Argentinien in eine schwere wirtschaftliche Krise. Die Bevölkerung reagierte nicht nur mit heftigen Protesten, die eine Regierung nach der anderen zu Fall brachte, sondern auch mit vielfältigen Initiativen: Nachbarschaftsversammlungen, Tauschbörsen und die Übernahme von Fabriken in Eigenverwaltung.

Schwerpunkt Brasilien

Der Kampf um Land ist auch in Brasilien einer der zentralen Konflikte. Eine wichtige Rolle dabei spielt die Landlosenbewegung MST, die mit großen Mobilisationen und Landbesetzungen versucht, den BäuerInnen eine Basis zum Leben zu schaffen.

Viva Osama !

Lateinamerikas Linke und ihr Feindbild USA

Zweifellos gibt es in Lateinamerika mehr als genug Gründe, die Politik der USA abzulehnen. Nicht selten nimmt die Kritik jedoch bizarre Formen an. Da wird auf die Anschläge vom 11. September angestoßen, eine zionistische Verschwörung in den USA ausgemacht oder die vermeintliche Vergiftung durch US-Populärkultur beklagt. Doch es gibt auch Gegenstimmen, die sich gegen solch blinden Hass verwahren.

Buenos Aires am 24. März 2003: Auf der Plaza de Mayo gedenken Menschen der Op-fer der argentinischen Militärdiktatur. Am Vortag vor 27 Jahren hatten sich hohe Armeeangehörige an die Regierung des Staates geputscht. Mit Unterstützung der US-amerikanischen Regierung begann eine Zeit der brutalen Repression. Rund 30.000 mutmaßliche Oppositionelle wurden zwischen 1976 und 1983 ermordet oder verschwanden in den Kerkern der Militärs. Seither kämpft Hebe de Bonafini als eine der »Madres de Plaza de Mayo« für die Aufklärung dieser Verbrechen, schließlich hat sie selbst drei Kinder durch den Terror der Militärdiktatur verloren. Sie gilt als Ikone in diesem Kampf. Auch an jenem Märzsonntag ist sie auf den Beinen. Wie für viele andere steht auch für Bonafini der gerade begonnene Krieg der US-Regierung gegen den Irak im Vordergrund des Protestes. Dieser Krieg gegen »el pueblo iraqui«, das irakische Volk, sei »schlimmer als der Genozid der Nazis«, meint die Argentinierin. In der Hand trägt sie eine Flagge des irakischen Staates, in dem zu diesem Zeitpunkt noch Saddam Hussein regierte, der allein bei den Aufständen im Jahr 1991 etwa 50.000 Oppositionelle hatte liquidieren lassen. Wo Freunde und Feinde der Völker der Welt stehen, darüber hat Hebe de Bonafini noch nie einen Zweifel gelassen: Auf die Anschläge vom 11. September köpfte sie eine Flasche Champagner. Mit ihren offenen Sympathien für die Anschläge in den USA steht die »Madre« nicht allein. In El Salvador sprühten trotzkistische Studenten Parolen, in denen sie den mutmaßlichen Hintermann des Atten-tates gleich zum »Führer der Menschlichkeit« erklären: „Viva Osama Bin Laden!! Lider de la humanidad“ Aus überfüllten Kleinbussen in Mexiko-Stadt dröhnten nach den Angriffen Lieder zu Ehren des Islamisten, auf einem Konzert der linken Ska-Band »Tijuana No« klärt deren Sänger seine Fans über die wah-ren Verantwortlichen für die Anschläge auf: Es sei kein Zufall, meint der Musiker, dass am 11. September keine Juden im New Yorker World Trade Center anwesend gewesen seien.

El pueblo unido...

Sind solche Reaktionen tatsächlich »mehr als verständlich«, wie der im mexikanischen Puebla lehrende Politikprofessor John Holloway meint? Angesichts der Rolle, die die USA in Lateinamerika gespielt hätten, sei es »kaum überraschend«, dass die »Macht« mit den USA gleichgesetzt und Antiamerikanismus zunehmend hoffähig werde, erklärt der Wissenschaftler stellvertretend für die überwiegende Mehrheit linker Positionen. Dabei zählt Holloway nicht zu den antiimperialistischen Hardlinern unter den lateinamerikanischen Linksintellektuellen. Im Gegenteil: Für seine Kritik an traditionellen Politikvorstellungen, die soziale Emanzipation mit Machtübernahme gleichsetzen, handelt er sich regelmäßig Ärger ein. Also sollte er es besser wissen. Denn zwischen der notwendigen Kritik am aggressiven Vorgehen von US-amerikanischen Regierungen oder Konzernen und dumpfem Antiamerikanismus liegt ein weites Feld. Doch anstatt differenziert Herrschaftsverhältnisse anzugreifen, halten insbesondere Intellektuelle und linke Aktivistinnen am manichäischen Weltbild antiimperialistischer Prägung fest: Hier das »pueblo«, das immer und überall für die gerechte Sache kämpft, dort der Imperialist aus Washington, zu jeder Boshaftigkeit bereit, dient sie doch nur der seelenlosen Profitmaximierung. Da wird der gemeinsame Kampf des chia-panekischen und des palästinensischen Volkes beschworen, wo unter völlig verschiedenen sozialen und kulturellen Voraussetzungen für vollkommen unterschiedliche Ziele gerungen wird, ganz abgesehen davon, dass der Charakter des US-amerikanischen Einflusses in den beiden Regionen nicht zu vergleichen ist Trotzdem erklarte die guatemaltekische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu allen Ernstes bei einer Antikriegsdemonstration am 15. Februar 2003 vor der US-Botschatt in Mexiko-Stadt, nach dem Irak konnte Chiapas mit seinen Vorräten das Ziel von »US-Geschossen« sein.

Warum der große Feind aus dem Norden ausgerechnet jene Region in Schutt und Asche legen soll, über deren Verwertung seit Jahren im Rahmen der Projekte »Plan Puebla Panama« (PPP) und »Biokorridor Mesoamerika« verhandelt wird, bleibt das Geheimnis Menchus. Derzeit ist man zwar bei der in Washington ansässigen Interamerikanischen Entwicklungsbank darüber verärgert, dass die mexikanische Regierung trotz millionenschwerer Anleihen noch kein einziges Vorhaben des PPP umgesetzt hat. Als Kriegsgrund dürfte mexikanisches Verbindlichkeits- und Zeitverständnis allerdings kaum reichen. Zudem sind konservative Nichtregierungsorganisationen nicht erfolglos in ihrem Bemühen, US-amerikanischen Pharmakonzernen den Zugang zu Bodenschätzen und biologischer Vielfalt zu verschaffen.

Dass die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN einheimischen und internationalen Investoren ein Dorn im Auge ist, daran besteht kein Zweifel. Doch den wohl bedeutsamsten Vorstoß unter internationaler Beteiligung gegen die Guerilla hat nicht der böse Gringo zu verantworten: Nach Angaben des EZLN-Subkommandanten Marcos war es die sozialdemokratische Regierung des Spaniers Felipe Gonzalez, die den mexikanischen Kollegen Hilfe angeboten hatte. Schließlich hat man in Madrid ausreichend Erfahrung mit

Terrorismusbekämpfung' Antiimperialistische Hardliner Ungeachtet solcher Tatsachen gärt in Lateinamerika bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit eine Mischung aus nationalistischen und antisemitischen Ressentiments. Ihre Zutaten bestehen aus wild konstruierten Verschwörungen und kulturalistischen sowie vulgärmarxistischen Zuschreibungen. Der Hauptfeind materialisiert sich in den USA, ergänzt wird er durch den »kleinen Satan« Israel. Ob auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre oder auf Antikriegsdemonstrationen in Mexiko-Stadt, nirgends fehlen die Plakate, T-Shirts oder Pamphlete, auf denen US-Präsident George W. Bush und Israels Regierungschef Ariel Sharon mit Hitler gleichgesetzt werden.

Natürlich kann man von den vielen jugendlichen Demonstranten kaum erwarten, dass sie sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus auseinandergesetzt haben. Für sie ist Hitler schlicht das Non-Plus-Ultra der Brutalität und ihr Vergleich folgerichtig Ausdruck radikaler Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse, die sie in Bush oder Sharon personifiziert sehen. Doch diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Sie reproduziert den Diskurs derjenigen, von denen historische Genauigkeit und Analysefähigkeit einzuklagen wäre: die professionellen linken Kommentatoren, die lateinamerikanische politische Debatten maßgeblich prägen. Zum Beispiel im mexikanischen Blatt »La Jornada«: In der bedeutsamsten linken Tageszeitung Lateinamerikas darf der US-Soziologe James Petras ständig darüber informieren, wie die »Architekten des Krieges« aussehen: »Zwei Schwarze, ein paar Angelsachsen, etliche Juden und ein Hispano-Amerikaner.«

Sicher zählt der Antiimperialist Petras zu den Hardlinern. Ähnliche Haltungen finden sich jedoch auch in den Artikeln der meisten lateinamerikanischen Nachrichtenagenturen linker Prägung. Vergleiche etwa zwischen dem Warschauer Ghetto und den Zuständen nach dem israelischen Angriff auf das palästinensische Jenin sind weit verbreitet. Wen wundert es da noch, dass Demonstranten und Demonstrantinnen in Mexiko-Stadt »Juden raus aus Palästina« fordern. Derlei Gedankengut ist zudem nicht auf die Linke beschränkt. In der bürgerlichen Tageszeitung »Excelsior« beschreibt beispielsweise Isidro Herrera Hernández den Irak-Krieg als ein seit 1974 geplantes Projekt von »extremistischen und weltbeherrschenden Gruppen rund um rechte US-Politiker, Juden und Militaristen«. Diese »heilige Kaste hat ihre Eier in den USA gelegt und die öffentliche Meinung mit ihrem Hass auf Muslime infiziert,« um »drei Milliarden Menschen, in erster Reihe die islamischen Völker« mit Atombomben zu vernichten. Diabolische Verschwörungen Die Professorin und Kolumnistin Esther Shabot kann solche Texte kaum mehr lesen. Die mexikanische Jüdin beschäftigt sich seit 30 Jahren mit Antisemitismus in Lateinameri-ka. Seit 1 8 Jahren stellt man ihr im »Excelsior« als Exotin wöchentlich eine Kommentarspalte über den Nahen Osten zur Verfügung. Die Hoffnung auf Bündnispartner in der Linken hat Shabot so gut wie aufgegeben. Unter der Fahne des Fortschritts und des Antirassismus verbreite die Jornada »Lügen und Verdrehungen« und helfe dabei, »Rassismus und Antisemitismus« zu verbreiten. Man vermische alles, sagt sie, »Israel, die israelische Regierung, den Zionismus, Sharon, die Juden auf der ganzen Welt und die amerikanischen Juden, Bush das alles kommt in einen Topf, um daraus eine diabolische Verschwörung zu konstruieren.« Frage man jedoch »Durchschnittsmexikaner«, wo Israel geographisch liege oder wie groß denn die jüdische Gemeinde in den Vereinigten Staaten sei, könnten sie darauf keine Antwort geben. Antinordamerikaner zu sein, so Shabot, bedeute fast per Definition, auch Antizionist zu sein. »Und bist du erst mal Antizionist, ist der Schritt zum Antisemiten in den meisten Fällen fast automatisch getan.« Angesichts der Geschichte des Landes, etwa der Annexion eines Teils durch die USA im 19. Jahrhundert, wundert sie sich jedoch nicht über die antiamerikanischen Gefühle, die »in der mexikanischen Gesellschaft Wurzeln geschlagen« haben. Trotzdem spricht sie von einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und betont die Nähe, die zwischen den Menschen beider Staaten bestehe: »Im kulturellen Bereich gibt es hier eine große Menge an US-Produkten, man hört viel nordamerikanische Musik, man reist gern als Tourist in die USA.«

Die Einflüsse des US-amerikanischen Lebensstils sind an vielen Ecken Mexikos präsent: Die Prachtstraße »Reforma« in der Hauptstadt gleicht einer Mischung aus US-amerikanischem Prunk und mexikanischem Straßenhändlerchaos. An der Nordgrenze des Staates hat sich längst eine eigene Kultur entwickelt, die mexikanische und US-Elemente miteinander verbindet, und auch die rund 18 Millionen in den Vereinigten Staaten lebenden Mexikaner und Mexikanerinnen hinterlassen bei jedem Besuch in der alten Heimat Spuren.

Dass diese Vermischung der Lebensstile ganz im Sinne des Hegemonietheoretikers Gramsci nicht ausschließlich auf Zwang, sondern auch auf Konsens beruht, dass viele Aspekte des US-amerikanischen Einflusses affirmativ und ganz selbstverständlich aufgenommen werden, will man in der Linken nicht wahrhaben. Wer in Lateinamerika besonders radikal sein will, boykottiert spätestens seit dem Irak-Krieg McDonalds, Walmart und Coca-Cola. Die freien Radiomacher »radialistas apasionados« erklären in einem kurzen Spot, wie's geht: Während die Kinder nach Cola, Hamburger und Fritten schreien, klärt Papi so lange über das ungesunde und bluttriefende Fastfood aus den USA auf, bis auch die Kurzen verstanden haben: »Wir kaufen nichts aus Gringolandia. Unseres ist Unseres und das ist sauber. Das von ihnen kommt getränkt mit irakischem Blut. Die dahinter verborgene Überhöhung

einer wie auch immer definierten »eigenen Kultur« gegen Fremdes, in der Regel verkörpert in der vermeintlichen US-Dekadenz, zieht sich jedoch durch die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche Lateinamerikas. Notwendige politische Forderungen wie etwa Maßnahmen zum Schutz der landlichen Ökonomie vor der übermächtigen Konkurrenz aus denn Norden werden häufig mit einer Mystifizierung der »eigenen« Geschichte oder der nationalen Identität angereichert, die es zu verteidigen gelte.

Abschied von der Revolution

Ein wesentliches Problem der lateinamerikanischen Debatte ist, dass soziale Widersprüche hinter simplen Gegensätzen wie Nord versus Sud verschwinden. Wenn beispielsweise die in Kuba lebende chilenische Autorin Mar-tha Harnecker zur gemeinsamen Front von »nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt mit der Antiglobalisierungsbewegung des Nordens« gegen die »Metropolen« mobilisiert, dann unterschlägt sie, dass es auch in den Landern des Südens Schichten gibt, die von der kapitalistischen Vergesellschaftung profitieren. Und dass in zahlreichen Fällen, etwa in Argentinien, heimische Machthaber erheblich zum Zusammenbruch ganzer Nationalökonomien beigetragen haben, nimmt die renommierte Chronistin der lateinamerikanischen Linken offenbar hin -oder gar nicht erst zur Kenntnis.

Wohin eine solche Weltsicht fuhren kann, verkörpern Leute wie Mario Polanco. Der Mitbegründer der guatemaltekischen CAM, einer der wichtigsten Gruppen im Kampf gegen die Militärdiktaturen, setzt heute auf eine »patriotische und nationalistische« Politik in Kooperation mit der Bourgeoisie. Deshalb werde er nicht auf den Sozialismus warten, sondern mittels einer nationalen etatistischen Entwicklungspolitik seinem Land dienen. Während sich wie er viele Genossen und Genossinnen auf diesem Weg längst von der Revolution verabschiedet haben, agitiert Harnecker mit platten Parolen: »Die neofaschistische Militärdiktatur USA« ist der Hauptfeind.

Harnecker will in ihrem Kampf gegen die »Konzentration und Grenzenlosigkeit des Finanzkapitals« die Bevölkerung »mittels einer einfachen und konkreten Sprache« einbeziehen. Der Politologe Holloway plädiert sogar dafür, die anfängliche Begeisterung über den 11. September nicht zu vergessen, sonst verliere man »die Berührung zu der tiefgründigen Reaktion gegen kapitalistische Macht in der ganzen Welt.« Man dürfe die »O-sa-ma, O-sa-ma«-Rufe nicht zurückweisen, sondern von ihnen aus und über sie hinausgehen, erklärt der Marxist.

Genau in solchen Auffassungen sieht der mexikanische Politologe Samuel Schmidt die größte Gefahr. Für den Professor der Autonomen Universität in Ciudad Juarez stehen die unzähligen Hitler-Bush-Sharon-Vergleiche im direkten Zusammenhang mit der »Unwilligkeit gewisser politischer Strömungen und derer Vertreter, komplizierte Zusammenhänge« zu verstehen und zu analysieren. »Irgendwann setzen sich diese vereinfachten Bildern in den Köpfen fest, sagt Schmidt. »Wiederhole diese Lüge noch tausendmal, und die Dummen haben ihre Fahne«. Und »Am Ende gelten Israel und der Zionismus als konsequenter Ausdruck des Imperialismus und die Juden als Verkörperung des Bösen schlechthin.«

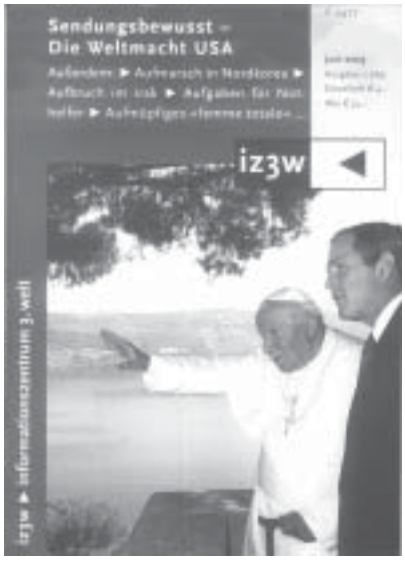
Schmidt steht mit seiner Kritik nicht ganz alleine da: In einer Ausgabe der mexikanischen Zeitschrift »Letras Libres«, die sich mit antiamerikanischen Ressentiments beschäftigt, erinnert auch David Rieft an den Satz von August Bebel: »Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls«. Das liberale Blatt, das von der »Jornada« als kriegstreibende »Yankee-Soldateska« diffamiert wird, wurde einst von einer Gruppe um den Literaturnobelpreisträger Octavio Paz gegründet, die sich schon durch ihre Kritik am Stalinismus in der Linken Feinde gemacht hat. Heute sind es Sätze wie die von Rieft, die provozieren: »Opferrolle und Tugend gehen nicht unbedingt Hand in Hand (...) Nicht jede Rebellion gegen die Imperien führt zu einer Verbesserung des Status Quo.«

Der chilenische Schriftsteller Jorge Edwards, der sein Land 1973 nach dem Putsch von Pinochet verlassen musste, sieht die Wurzeln des »antiyanquismo latinoamericano«, welcher nichts mit einer radikalen Kritik am Agieren der USA in Lateinamerika zu tun habe, im antiimperialistischen Weltbild, jenem »Hass, der aus den Eingeweiden kommt« und als Leidenschaft und Ideologie seit jeher politische Zusammenhänge verkürze und vereinfache. Edwards plädiert für eine radikale Selbstkritik der lateinamerikanischen Linken, die sich einer grundlegenden Therapie unterziehen solle: »Der David der lateinamerikanischen Legende ist ein neurotisches, engstirniges und halbparanoides Wesen.«

Mary Kreutzer ist Autorin von »Niederlagen des Friedens. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador« und Redakteurin von Context XXI.

Wolf-Dieter Vogel arbeitet in Mexiko-Stadt für die Medienprojekte onda und poonal sowie als freier Journalist.

Ein Artikel aus der:



iz3w - Juni 03

- Sendungsbewusst -

- die Weltmacht USA -

www.iz3w.org
Kronenstr. 15a
79020 Freiburg

Die Hürden der Landlosen Brasiliens

Ein Rück- und Ausblick auf die Landlosenbewegung in Brasilien zum „Tag der Landlosen“ am l 7. April

„Die wichtigste und aufregendste Volksbewegung der Welt“ nannte Noam Chomsky Brasiliens „Landlosenbewegung“ (MST) auf dem letzten Weltsozialforum. Mit Ausdauer und straffer Organisation hat die MST in den letzten 19 Jahren die Ansiedlung von Hunderttausenden Familien erreicht. Doch der Höhepunkt der Mobilisierung scheint überschritten.

Neunzehn abgestorbene Paranussbaum-stämme ragen kreisförmig in den wolkenverhangenen Himmel, in ihrer Mitte liegt ein Haufen kanonenkugelgroßer, rot eingefärbter Steine. Das düstere Mahnmal befindet sich ein paar Minuten nördlich von Eldorado dos Carajas, einer Boomtown im Osten Amazoniens. Dort töteten am 17. April 1996 zwei Einheiten der Militärpolizei 19 Mitglieder der Landlosenbewegung MST und verletzten weitere 70.

Die Fernsehaufnahmen des Massakers gingen um die ganze Welt. Die anschließende Justizfarce gipfelte im Juni 2002 in einem Freispruch für l 40 Militärpolizisten. Zwei Offiziere bekamen zwar Haftstrafen von 58 und 228 Jahren, doch bis zum Abschluss eines langwierigen Revisionsver-fahrens bleiben sie auf freiem Fuß. Der 17. April wurde in Brasilien zum „Tag der Landlosen“ erklärt, an dem nun jährlich der Opfer des Massakers gedacht wird.

Einerseits war das Massaker von Eldorado der traurige Höhepunkt in der Welle der Gewalt gegen BauernaktivistInnen, die besonders in Ostamazonien bis heute anhält.

Andererseits nutzte die MST den darauf folgenden Solidansierungseffekt zur größten Offensive ihrer Geschichte: Durch über 2.000 Landbesetzungen drängte sie die Mitte-Rechts-Regierung von Fernando Henrique Cardoso dazu, innerhalb von acht Jahren gut 350.000 Kleinbauernfamilien auf l l 0,000 Quadratkilometer Land anzusiedeln.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen kann man kaum von einer gelungenen Agrarreform reden, In Wirklichkeit habe in den 90er Jahren die Landkonzentration sogar noch zugenommen, sagt Dom Tornas Balduino von der katholischen Landpastoral CPT. Von 1992 bis 1998 wuchs der Großgrundbesitz um 570,000 Quadratkilometer, Hunderttausende Kleinbetriebe gingen im Zuge der neoliberalen Marktöffnung bankrott,

Die Mühen der Ebene

Auch qualitativ ist die Bilanz durchwachsen, die regionalen Unterschiede bei den Ansiedlungen sind enorm, Im armen Nordosten stieg die Lebensqualität der neuen Landbesitzer, die zuvor meist in städtischen Armenvierteln pewohnt

hatten, zunächst deutlich an. Al lerdings ist es mit der Zuweisung von Land allein nicht getan: Damit die Menschen langfristig dem Elend entkommen können, brauchen sie gute Schulen, Strom, frisches Trinkwasser, Kanalisation und gute Straßen, die für die Vermarktung ihrer Produkte wichtig sind. Doch daran mangelt es, und gerade mal 2,7 Prozent aller Betroffenen kommen in den Genuss von agrartechnischer Beratung.

Meist kommen die angesiedelten Familien kaum über die Selbstversorgung hinaus, viele werfen das Handtuch. Die Amazonas-region, wo in den letzten Jahr-zenten die meisten Menschen angesiedelt wurden, ist für intensive Landwirtschaft denkbar ungeeignet. An der fortschreitenden Entwaldung haben Kleinbauern einen beträchtlichen Anteil. In Südbrasilien hingegen, wo die europäischen Einwanderinnen bereits im 19. Jahrhundert eine kleinbäuerliche Tradition begründet hatten, blühen Genossenschaltswesen und Biolandbau etwa in der Reisregion 100 Kilometer südlich von Porto Alegre, Hier wurden vor sieben Jahren 35 Familien auf einem 800-HektarDie Mühen der Basis

Termin angesiedelt, Etwa die Hälfte von ihnen ist als Kerngruppe, die heute noch kollektiv wirtschaftet, geblieben. Ihre gemeinsamen Erfahrungen haben sie zusammengeschweißt. Viele schlugen sich lange Zeit als Kleinpächter durch, dann harrten sie fast vier Jahre lang in einem MST-Zeltlager aus, bis ihnen das Land zugeteilt wurde. Das wirtschaftliche Kernstück der Kooperative, mit dem sie drei Viertel ihrer Einkünfte sichert, ist der Reisanbau. Zufrieden zeigt Rodrigo Lopes auf die riesige hellgrüne Fläche, die jetzt bereits zum zweiten Mal ohne

Kunstdünger und Pestizide bestellt wurde. „Einige von uns sind aus Überzeugung für den Biolandbau“, sagt er. Andere hätten sich durch wirtschaftliche Argumente überzeugen lassen. Die Marktpreise für Reis sind niedrig, Chemie hingegen ist teuer. Stolz erklärt der 33-jährige MST-Aktivist, wie Tausende Zuchtkarpfen zur Düngung und Lockerung der sumpfigen Reisfeh-der eingesetzt werden - eine chinesische Anbautechnik. Daneben werden Obst und Gemüse angebaut, Hühner, Schweine und Rinder gezüchtet. Die Überschüsse verkaufen sie in der nahe gelegenen Kleinstadt.

Eine andere Agrarreform

Selbst solcne Erfolgsgeschichten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingun-gen für kleinbäuerliche Landwirtschaft immer ungünstiger werden. Das globalisierte Agrobusiness nach US-Vorbild hat vom neo-liberalen Schub der letzten Jahre profitieft und sorgt regelmäßig für eine positive Außenhandelsbilanz, Als Sojaexporteur wird Brasilien in diesem Jahr die USA erstmals überrunden, Der Einfluss der Mul-tis wächst, vor allem im Agrar-handel, Der Staat hingegen zog sich in der 90er Jahren immer mehr aus der Landwirtschaft zurück - auch auf Druck der Weltbank, die marktorientierte Landreformen propagierte. Seit Jahren fordert die MST die Abkehr von diesem ,,neoliberalen Agrarmodell“, denn, so João Pedro Stedile von dei nationalen MST Leitung; „es fördert die Konzentration von Land und Kapital und reduziert die Kleinbauern auf die Rolle von Zulie-ferern für die Agroindus-trie. Wir brauchen eine Landreform neuen Typs. In der Verfassung müssen Obergrenzen für den Landbesitz festgelegt weiden. Die fruchtbarsten Nutzflächen sollten auf die Produktion von Nahrungsmitteln für den Bin-nenmarkt umorientiert werden. Über eine gezielte Preispolitik, Subventionen und Kredite sollte der Staat allen Bauern ein ausreichendes Einkommen garantieren. Die Verarbeitung der landwirrt-schaftlichen Primärgüter sollte in überschau-baren Kooperativen unter der Kontrolle von Bauern und Landarbeitern erfolgen. Wie in den Industrieländern muss der Staat die Bauern schüt-zen. Wir brauchen ein neues Tech-nologiemodell, durch das die Pro-duktivität verbessert, die Umwelt erhalten und die Gesundheit von Produzenten und Konsumenten nicht gefährdet wird. Wir wenden uns gegen die Multis, die uns die Gentechnik aufzwingen wollen“, Für diese Forderungen und ge-gen die gesamtamerikanische Frei-handelszone ALCA geht die MST jetzt wieder auf die Straße. Der Höhepunkt der Demonstrationen und Landbesetzungen ist jedes Jahr am 17. April, dem Jahrestag des Massakers von Eldorado. „Solche Mobilisierungen helfen der Regierung, die Reformen in Angriff zu nehmen“, hofft Stedile.

Den MST-AktivistInnen ist klar: Selbst unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva sind schnelle Erfolge unwahrscheinlich. Denn auch in der Landwirtschaft versucht Lula, es möglichst allen Recht zu machen: seiner Basis im Umfeld der MST ebenso, wie den mittelständischen Farmern und dem Agrobusiness, dass sogar durch den Landwirtschaftsminister im Kabinett vertreten ist. Dass es unter diesen Voraussetzungen zu einer Agrarwende kommt, wie sie die MST fordert, ist unwahrscheinlich. In dem Maße nämlich, wie die Macht der traditionellen Großgrundbesitzer in den letzten Jahrzehnten gesunken ist, hat das Agrobusiness zugelegt. Und es wird als Wachstums-motor und Devisenbringer von der Regierung hofiert. Zu den strukturellen Maßnahmen von Lulas Antihunger programm „Fome Zero“ gehören die Agrarreform und die Stärkung der kleinbäuerlichen Produktion durchaus. Nur: Das Geld dafür ist knapp. Der Sparpolitik, die die Regierung in Abstimmung mit dem IWF verfolgt, fielen für das laufende Haushaltsjahr 46% des Agrarreform-Etats für 2003 zum Opfer - umgerechnet 62 Miollionen Euro.

Keine Massenbewegung

Doch nicht nur die Regierung steht vor einem Dilemma, sondern auch die Landlosenbewegung. Die meis-ten der rund 15 Millionen ge-schätzten Landlosen sind unorga-nisiert, unter dem Kommando der MST warten lediglich 80.000 Fa-milien auf ihre Ansiedlung. Für ihre Forderungen hat die MST zwar den Rückhalt der Linken, aber von einer Massenbewegung kann keine Rede sein. Ein Schlaglicht auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Lande wirft die aktuelle Gensoja-Debatte: Trotz eines gerichtlichen Verbots sind im Bundesstaat Rio Grande do Sul Tausende Bauern dazu übergegangen, Gensoja anzupflanzen. Da hierbei eine Applikation des Monsanto- Herbizids Roundup genügt, liebgen die Produktionskosten derzeit deutlich unter jenen für herkömmliches Soja. Selbst Teile der MST Basis haben das aus Argentinien eingeschmuggelte Saatgut verwendet. Weil sie einen regelrechten Aufstand fürchten musste, hat die Regierung die Vermarktung der diesjährigen Gensojaernte nun per Dekret erlaubt. Die kommende Aussaat soll zwar wieder genfrei sein, doch dagegen haben die Bauern bereits Widerstand angekündigt.

Gerhard Dilger

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN
347

Vom Fabrikknast zum befreiten Territorium

Argentinien: Räumung von Zanon verhindert

Der 8. April war ein entscheidendes Datum für die ArbeiterInnen der besetzten Kachelfabrik Zanon in Neuquen (Patagonien). Mitte März hatte das Gericht ein Urteil verfügt das den Konkursverwaltern der Firma das Recht auf Inventur und Inbesitznahme des Betriebes einräumte - der juristische Freibrief für eine gewaltsame Räumung, die jedoch nicht stattfand. Angesichts der Entschlossenheit der Arbeiterinnen in der Fabrik, ihr Projekt mit allen Mitteln zu verteidigen, angesichts von mehr als 3000 Menschen vor der Fabrik und eines Solidaritätsstreiks von Lehrerinnen und Angestellten des Öffentlichen Dienstes erklärte der Provinzgouverneur am 8. April, nach Stunden höchster Anspannung, dass er keinen Polizisten für eine Räumung zur Verfügung stellen würde. Die Konkursverwalter mussten unverrichteter Dinge wieder ins 1200 km entfernte Buenos Aires zurückkehren. Dieser Erfolg ist vor dem Hintergrund zunehmender Räumungen und Räumungsdrohungen in Argentinien nicht nur für sie selbst von Bedeutung.

Mehr als hundert Betriebe sind in Argentinien mittlerweile besetzt und von den Arbeiterinnen zum Laufen gebracht worden - ein Mittel der Selbsthilfe in einem Land, in dem seit l998 jedes Jahr etwa tausend Betriebe geschlossen werden. Die Arbeiterinnen von Xanon haben den Kampf von Anfang an nach außen getragen und den Konflikt politisiert. Sie fordern, dass der Staat die Fabrik endgültig enteignet und sie ihnen überlässt, damit sie dort „unter Arbeiterkontrolle“ Produkte für die Allgemeinheit herstellen und weitere Arbeitsplätze schaffen können. Schon heute spenden sie regelmäßig einen Teil ihrer Produktion an Schulen, Krankenhäuser, Volksküchen und andere soziale Projekte. Mit 270 Arbei terinnen haben sie die Produktion vor gut einem Jahr aufgenommen. Inzwischen konnten sie weitere 40 Arbei terinnen in die Belegschaft integrieren. Gemeinsam mit den ArbeiterInnen der besetzten Textilfabrik Brukman in Buenos Aires versuchen die Zanon-ArbeiterInnen, die besetzten Betriebe zum Ausgangspunkt einer breiteren Bewegung zu machen.

Zanon ist eine hochmoderne Fabrik, die bekannt war für gute Qualität und guten Verdienst, aber auch für mörderisches Arbeitstempo, zahlreiche Arbeitsunfälle und ein knastähnliches Klima. Wer mit anderen redete, machte sich bei den Chefs oder den mit ihnen verbündeten Gewerkschaftern verdächtig. Wer sich beschwerte, flog raus. Um sich überhaupt organisieren zu können, veranstalteten die Arbeiter Fußballturniere: pro Abteilung eine Mannschaft und pro Mannschaft ein Delegierter, die sich trafen, um die Regeln des Spiels zu diskutieren - und nicht nur das. 1998 gelingt es ihnen mit einer neuen Liste überraschend den Betriebsrat zu übernehmen, später auch die Gewerkschaft.

Zum ersten Streik kommt es im Juli 2000, nachdem der 22-jährige Daniel Ferrás in der Fabrik an einem Herzstillstand gestorben ist, weil es keine Vorkehrungen für Erste Hilfe mehr gab. Nach neun Tagen Streik setzen die ArbeiterInnen durch, dass der medizinische Dienst wieder eingeführt wird. Die Geschäftsleitung antwortet mit der Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Lohnzahlungen werden unregelmäßiger und spärlicher. Nach mehreren kleinen Streiks Anfang 2001 beginnt im März der „34-Tage-Streik“ für die ausstehenden Löhne. Die Arbeiterinnen ziehen durch alle Stadtteile, um den Konflikt bekannt zu machen. Täglich blockieren sie im Zentrum der Provinzhauptstadt Neuquen (200.000 EinwohnerInnen) die Straßen, und schließlich die Brücke, die Neuquen mit der Nachbarprovinz Rio Negro verbindet. Am selben Abend erklären Zanon und die Provinzregierung, dass die ausstehenden Löhne bezahlt werden.

Die ArbeiterInnen kehren in die Fabrik zurück und beschließen, beim nächsten ausbleibenden Lohn sofort wieder in den Streik zu treten. Das passiert am 1. Oktober 2001. Als Zanon daraufhin die Öfen abstellt, besetzen die ArbeiterInnen die Fabrik. Zanon schickt allen 380 ArbeiterInnen Entlassungsschreiben. Bei ihrer folgenden Demonstration geht der Sitz der Provinzregierung fast in Flammen auf. Mehrere Zanon-Arbeiter werden festgenommen. Aber sie haben die Unterstützung der Bevölkerung bereits

gewonnen. Am Nachmittag gehen fast 3000 DemonstrantInnen auf die Straße. Die Arbeiter werden noch am selben Tag freigelassen.

Wieder ziehen sie durch die Stadtteile, um Lebensmittel zu sammeln, und gleichzeitig reichen sie Klage wegen der ausstehenden Lohne ein. Sie erreichen ein außergewöhnliches Urteil: Das Gericht verurteilt die Aussperrung und spricht den ArbeiterInnen 40 Prozent der Lagerbestände als Ersatz für die nicht gezahlten Lohne zu. Im Januar 2002 legt Zanon einen Vorschlag vor, die Fabrik mit nur 62 Arbeitern zu betreiben. Die ArbeiterInnen lehnen ab und beschließen, die Produktion selbst aufzunehmen. Die besetzte Fabrik wird zu einem Experimentierfeld für Basisdemokratie und selbstbestimmte Arbeitsorganisation. Die ProduktionsarbeiterInnen übernehmen sämtliche Aufgaben, auch in Bereichen, die sie früher nicht einmal betreten durften. Sie machen sich mit Einkauf, Computern und Buchführung vertraut, organisieren den Verkauf neu, bilden eine Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, nehmen die Siebdruckwerkstatt und das Labor in Betrieb. Es gibt keine Geschäftsführer, Meister und Vorarbeiter mehr. Stattdessen wählen die ArbeiterInnen in den Abteilungen KoordinatorInnen, die jederzeit absetzbar sind. An den wöchentlichen Treffen der KoordinatorInnen nehmen auch die Gewerkschaftsdelegierten teil. Besprochen werden sämtliche Fragen von Arbeitsorganisation und politischem Vorgehen. Produktion und Politik sind nicht mehr zu trennen. Sämtliche Entscheidungen werden auf Versammlungen getroffen. Je nach Thema werden Abteilungs-, Schicht- oder Vollversammlungen abgehalten, oder auch Diskussionstage, bei denen die ganze Belegschaft in Arbeitsgruppen diskutiert. Politik war früher kein Thema im Betrieb. Da wurde schweigend malocht, und das Mate-Trinken war strengstens verboten. Heute haben sich die ArbeiterInnen Sitzecken eingerichtet, wo sie Pause machen, Mate-Runden zelebrieren und über alles Mögliche diskutieren. Hier geht es

längst um mehr als um die Rettung der Arbeitsplätze. Die ArbeiterInnen von Zanon sind entschlossen, ihre Fabrik zu verteidigen -„mit unserem Leben“, wie sie angesichts der letzten Räumungsdrohung erklärt haben.

Nach Bekanntwerden des neuen Gerichtsurteils haben die ArbeiterInnen von Zanon sofort begonnen, dagegen zu mobilisieren. Zu einem Aktionstag in der Fabrik am 29. März kommen drei Busse mit Unterstützerinnen aus Buenos Aires, angeführt von den „Müttern“ (Madres de Plaza de Mayo) und ihrer Vorsitzenden Hebe Bonafini. Die CTA, einer der drei „bürokratischen“ Gewerkschafts-dachverbände, gibt bekannt, dass sie in der gesamten Provinz zum Streik aufrufen würde, wenn Zanon geräumt werde. Nach Führungen durch die Fabrik, einer Pressekonferenz und einer offenen Debatte demonstrieren 1500 Leute im Zentrum von Neuquen. Trotz der breiten Unterstützung, die von Arbeitslosenorganisationen bis hin zu Prominenten, Abgeordneten und dem Bischof von Neuquen reicht, wird die Räumung für den 8. April anberaumt.Die Nacht davor verbringen sämtliche ArbeiterInnen von Zanon in der Fabrik. Das Tor ist mit Paletten von Kacheln verbarrikadiert. Auf dem Dach halten Arbeiter Wache. Gruppen mit Zwillen machen Rundgänge auf dem Fabrikgelände. Die weißen Steinkugeln für die Zwillen stehen bereit: Sie sind ein Abfallprodukt des Produktionsprozesses und schon in früheren Auseinandersetzungen zum Symbol für die Verteidigungsbereitschaft der Zanon-ArbeiterInnen geworden. Trotz der Kälte sind auch vor der Fabrik schon nachts zahlreiche UnterstützerInnen anwesend. Im Laufe des Vormittags wächst die Menge vor der Fabrik auf mehr als 3000 Menschen an. Als um 13 Uhr bekannt gegeben wird, dass die Konkursverwalter sich auf den Weg zur Fabrik gemacht haben, verstummen die Trommeln und Gesänge. Aber die Vertreter des Unternehmers kommen ohne Polizei und müssen nach einer kurzen Diskussion mit den ArbeiterInnen wieder abziehen. Nachdem schließlich klar wird, dass der Räumungsversuch gescheitert ist, endet der Tag mit einem großen Fest. „Zanon schreibt Geschichte“ titeln die Lokalzeitungen am nächsten Tag, und so sehen es auch die ArbeiterInnen: „Ich glaube, wir schreiben hier gerade eine Seite im Geschichtsbuch, und ich hoffe, dass dort beim Umblättern ein gutes Ende steht“, meint ein Arbeiter von Zanon. Die besetzten Betriebe Zanon und Brukman sind zu Symbolen für die verschiedensten Bewegungen geworden. Dass diese Räumung verhindert werden konnte, hat angesichts der zunehmenden

Räumungen in Argentinien enorme Bedeutung. Ende Februar wird in Buenos Aires das seit Jahren besetzte Gebäude „Padelai“, in dem 500 Menschen wohnten, gewaltsam geräumt, mit vielen Festnahmen und Verletzungen. Räumungen von kleineren Gebäuden, die für Wohnzwecke besetzt sind, finden ständig statt. Arn 23. März wird ebenfalls in der Hauptstadt ein Gebäude geräumt, das die Arbeitslosenorganisation des Stadtteils San Telmo besetzt hatte, zwei Tage später die Lebensmittelfabrik Sasetru im Industrievorort Avellaneda, die nach jahrelangem Leerstand von Arbeitslosen besetzt worden war, die dort die Produktion wieder in Gang bringen wollten. Und auch nach dem gescheiterten Angriff auf Zanon gehen die Räumungen weiter. Am 14. April wird ein Bankgebäude in Buenos Aires geräumt, das die Stadtteilversammlung Lezama Sur letztes Jahr besetzt und in der Indymedia sein Büro eingerichtet hatte. In der Nacht zum Karfreitag, am 18. April, wird unerwartet Brukman geräumt. 250 Polizisten holen die vier anwesenden ArbeiterInnen aus der Fabrik, sperren die Straße ab und halten sie besetzt. Seitdem finden sich täglich Tausende von Personen vor den Absperrgittern ein. Ein Versuch der ArbeiterInnen, sich am Ostermontag mit der Unterstützung von mehr als 7000 DemonstrantInnen über die Gitter weg in Richtung Fabrik zu bewegen, endet mit einer Straßenschlacht, vielen Festnahmen und Verletzungen. Die ArbeiterInnen campieren in einem Zelt vor den Absperrungen. Sie sind entschlossen, dort bis zur Rückgabe ihrer Fabrik zu bleiben. Wir hoffen, dass auch diese Geschichte gut endet.

Alix Arnold

Artikel aus der „ILA“ Mai 2003

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und den USA

Schon im 19. Jahrhundert versuchten die USA mit einer amerikanischen Zollunion Großbritannien und andere europäische Länder aus der westlichen Hemisphäre zu verdrängen. Schon damals lehnten die lateinamerikanischen Länder dieses Ansinnen ab. Ende des 20. Jahrhunderts sehen sich die USA weltweit von zwei Wirtschaftsmächten herausge-fordert: Europa und Japan, die das neue Kräfteverhältnis im internationalen Regelwerk des Welthandels verankert sehen wollen. Die schwierigen Verhandlungen in der Uruguay-Runde, die Schaf-fung der Europäischen Union als einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum, aber auch die Integrationsbestrebungen in Asien stellen die Hegemonie der USA in den internationalen Handelsbeziehungen in Frage. Dabei bleibt die Siche-rung ihrer Einflusssphäre auf dem Subkontinent ihr Hauptanliegen. Dafür setzen sie wirtschaftspolitisch auf die Themen Handel, Investitionen und Schutz geistigen Eigentums. Die Auslandsverschuldung wäre aus lateinamerikanischer Sicht das weitaus wichtigere Thema. Höchste Priorität für die US-Seite aber genießt das Thema Handel, das in die Schaffung eines Freihandelsvertrags für die ganze Region (ALCA) münden soll.

In der Ausweitung der I994 in Kraft getretenen NAFTA (Freihandelszone zwischen Kanada, Mexico und den USA) auf den Rest des Kontinents sehen die USA die Möglichkeit, ihr Handelsprogramm weltweit durchzusetzen. Da sie weit von einer Kontrolle über die WTO entfernt sind, versuchen sie Koalitionen für einen besseren Ausgang in den nächsten Liberalisierungsrunden einzugehen. Deshalb erscheinen auf der Tagesordnung von ALCA wichtige WTO-Themen: Investitionen, geistiges Eigentum, öffentli-cher Sektor und Dienstleistungen; im NAFTA-Vertrag hatten die USA diese Themen in ihrem Sinne bereits verankert. So ist ALCA eine Art Brückenkopf, um die zweite Generation von Verträgen innerhalb der WTO zu gestalten. Gleichzeitig bleibt ALCA ein Instrument, um den europäischen Hinfluss in der Region einzudämmen. ALCA soll die in Lateinamerika im Vergleich zu den USA höheren Zölle senken bzw. abschaffen. Die USA selbst verfügen aber über ein kompliziertes System von nicht zollgebundenen Handelsbarrieren, das einen stabilen Zugang für Produkte aus Lateinamerika zum US-Markt verhindert. Das größte Hindernis für lateinamerikanische Exporte sind nicht Zölle, sondern Antidumping-Maßnah-men und Schadensersatzrechte. Mehr als 70 Prozent der lateinamerikanischen Waren können in die USA steuerfrei eingeführt werden. Trotz Liberalisierung im Rahmen der WTO betreiben die OECD-Länder eine Ausweitung der Antidumping-Maßnahmen und der Schadensersatzrechte. Zudem sollen langwierige Prüfprozesse lateinamerikanische Exporteure abschrecken, während derer sie höhere Zinsen zahlen müssen, bis eine Entscheidung über ihre Einfuhrrechte getroffen wurde. Allein die Drohung mit der Anwendung der „Trade Remedy Legislation“ reicht oft, um einen potentiellen Exporteur zum „freiwilligen“ Verzicht zu zwingen. Erwähnenswert ist auch der von den USA einseitig definierte Unterschied zwischen „fair trade“ und „free trade“, zwischen „gerechtem“ Preis und effektivem Preis eines Importproduktes: Komplizierte Berechnungen legen auf der Basis von lokalen Produktionskosten fest, welches der „gerechte“ Preis für ausländische Produkte auf dem LIS-Markt sein soll. Infolge dieser administrativen Hürden haben lateinamerikanische Exporteure höhere Kosten, allein 1990 ca. 25 Prozent für Textilien, Eisenwaren, Stahl, Farbfernsehen und Milchprodukte, 30 Prozent für Reis und 40 Prozent für Zucker und Bekleidung.

Artikel 301 der US-Handelsgesetze erlaubt die Anwendung von Maßnahmen gegenüber Handelspartnern aus der Region. Der US-Außenhandelsminister kann Verträge ablehnen, wenn diese nicht in Übereinstimmung mit den US-Vorschriften stehen bzw. Nachteile für das Land bedeuten könnten. Mit der Anwendung von Artikel 301 verlieren die Mandelspartner der USA auch den Zugang zum Allgemeinen Präferenzsystem, wie dies im Falle Kanadas im Bereich Fischerei, Bier- und Holzexport der Fall war. Auch Mexico hat mit der Anwendung von Artikel 301 Schwierigkeiten. Brasilien stellt vor allem bei Mikroelektronik, Pharma und Papierprodukten unter starkem Druck. I997 hat die Ankündigung von Artikel 30I gegen die argentinische Pharmaindustrie zu einem Verlust von 50 Prozent der Einnahmen durch den Ausschluss aus dem Allgemeinen Präferenzsystem gesorgt.

Für lateinamerikanische Importeure bleibt es schwierig, in die USA zu exportieren, Grund ist ein kompliziertes Netz von Normen auf Bundes-, Landes und lokaler Ebene. Nach Schätzungen wenden mehr als 44 000 Behörden ca. 89 000 Normen für Produkte innerhalb ihrer Hoheitsbe-reiche an. Weitere Antidumping-Maßnahmen sind die Exportsubventionen vor allem im Agrarbereich, die infolge der neuen Agrargesetzgebung gestiegen sind. Die USA haben unzweideutig erklärt, dass sie nicht bereit sind, Verhandlungen über Artikel 301 innerhalb der ALCA zu führen. Sie sehen darin eine innenpolitische Angelegenheit, die nicht Gegenstand von internationalen Verhandlungen sein kann. Die lateinamerikanischen Länder haben kaum Möglichkeiten, dem etwas entgegenzusetzen, falls sie weiterhin ein Interesse an der Ratifizierung eines Freihandelsabkommens mit den USA

haben. Lateinamerika hat bislang innerhalb der WTO ähnlich wie die anderen Mitgliedstaaten Verhandlungen über Verträge in drei Hauptbereichen geführt: Güter, Dienstleistungen und geistiges Eigentum (GATT, GATS und TRIPs). Dabei haben die Multinationalen Konzerne, die USA, Europa und Japan mehr gewonnen als die lateinamerikanischen Länder. Die Ministerkonferenz muss sich alle zwei Jahre immer wieder mit der Tatsache abfinden, dass unterschiedliche Sektoren eklatant unterschiedlich behandelt werden: Während im Bereich Güter und Dienstleistungen die Liberalisierung mit Höchstgeschwindigkeit vorangetrieben wird, bleibt der Agrarsektor ein Tabuthema der Deregulierung. Die Ministerkonferenz ist zwar das höchste Organ, die wichtigsten Entscheidungen werden jedoch im „Grünen Salon" des WTO-Direktors getroffen. Hier haben der Handelsbeauftragte der USA, Mister Zoellick, und der Handelskommissar der EU, Monsieur Lamy, die besseren Karten: Sie laden ausgewählte Vertreter zu Verhandlungen über ausgewählte Themen ein und setzen auf diese Weise ihre Agenda und ihre Interessen durch. Die von den USA

und Europa angestrebte Liberalisierung von Investitionen wird zu einer erheblichen Einschränkung der Souveränität von Entwicklungsländern führen. Brasilien versucht als Verhandlungsführer in Genf, Erleichterungen beim Kreditzugang und insbesondere bei der Beibehaltung einer nationalen Investitionspolitik im Interesse der eigenen Entwicklungsziele zu erzielen. Die Erfolge sind mehr als bescheiden.

Von TRIPs ist in Lateinamerika insbesondere Brasilien betroffen. Es ist deswegen das einzige lateinamerikanische Land, das bislang eine aktive Rolle bei den Verhandlungen neben Südafrika und Indien gespielt hat. Jedoch widersprechen die TRIPs der Umsetzung einer vernünftigen Gesundheitspolitik in den Ländern, die Pharmaprodukte importieren müssen und nicht in der Lage sind, Forschung und Entwicklung ausreichend zu finanzieren. Die OECD-Länder besitzen ca. 97 Prozent der weltweit eingetragenen Patente; 90 Prozent sind im Besitz von multinationalen Konzernen. Die Pharmaindustrie hat mit durchschnittlich 13 Prozent im Jahr die höchste Profitrate weltweit. Ihre größten Konzerne erreichen Profite bis zu 30 Prozent jährlich. Hier ist auch die Kapitalkonzentration sehr groß: Die zehn größten Pharmamultis kontrollieren ca. 58 Prozent des Weltmarktes. Schon jetzt kann man den Einfluss dieser mächtigen Akteure bei den WTO Verhandlungen spüren: Im Vorfeld von Cancún wurden in Nachverhandlungen die in der Doha-Deklaration erkämpften Konzessionen für Entwicklungsländer in Bezug auf die Nutzung von Medikamenten aus dem Norden weitgehend verwässert: Weniger Länder werden weniger Medikamente als in der Erklärung vorgesehen zu günstigen Preisen erwerben können

Bislang haben die USA ihre Doppelstrategie gegenüber Lateinamerika sehr geschickt umgesetzt: Durchsetzung der eigenen Agenda innerhalb von ALCA und geringe Konzessionen für einzelne lateinamerikanische Länder in bestimmten Bereichen innerhalb der WTO. Grund für den Erfolg dieser Strategie ist die fehlende Koordination der Länder Lateinamerikas innerhalb der WTO. Mehr noch: In bestimmten Bereichen wie Agrarliberalisierung treten die Länder des MERCOSUR gemeinsam mit denen der Cairns Group (agrarexportierende Länder) auf. Lediglich drei kleine Länder Mittelamerikas haben versucht, koordiniert eine Sonderbehandlung zu verlangen. Eine solche Koordination wäre erstrebenswert, denn die Gemeinsamkeiten sind größer als auf den ersten Blick zu erkennen: landwirtschaftliche Ausrichtung der Produktion, niedrige Einkommen, Reichtum an strategischen Rohstoffen, starke wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA usw. So hat beispielsweise kein lateinamerikanisches Land hohe Subventionen für die einheimische Landwirtschaft. Die lateinamerikanischen Regierungen haben sich nicht ausreichend bemüht, den Abbau von Asymmetrien innerhalb der WTO als Bedingung für weitere Verhandlungen aufrechtzuerhalten. Mit den Versprechungen von ALCA als Fata Morgana haben sie sich von den USA weitere Zugeständnisse an die Aufnahme wichtiger Interessen der Industrieländer in das WTO-Regelwerk abringen lassen. Die in der Doha-Erklärung benannten wichtigen Themen der Entwicklungsländer werden deswegen in Sondersitzungen behandelt, ganz in Sinne der USA und nicht wie geplant als zentrales Thema: „Das wichtigste Entwicklungsinstrument ist die Liberalisierung des Weltmarktes", allerdings nicht der Abbau von Subventionen im Agrarbereich, erklärt die US-Delegation. Insbesondere für Afrika und Indien, die eine noch stärkere Abhängigkeit von der Agrarprodukt-ion haben als Lateinamerika, ist dies ein Zeichen mangelnder Beachtung ihrer Interessen seitens der Industrieländer. Für den brasilianischen Verhandlungsführer Hugueney war Doha bislang nichts mehr als eine „leere Versprechung".

Pedro Morazán

Artikel aus der „ILA" Mai 2003

„Das Land denen, die es bearbeiten!“

Der mühevolle Weg der Autonomie der zapatistischen Basis in Chiapas / Mexiko

Mehrere Reisestunden nördlich und östlich von San Cristóbal de Las Casas, der touristisch geprägten Kolonialstadt, in der längst nicht mehr nur noch solidarische Läden Postkarten der berühmten vermummten Comandantes der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN verkaufen, erstreckt sich das Gebiet, in dem die Basen der zapatistischen Bewegung im täglichen Widerstand leben.

Es bedarf einiger Zeit, um als in der „Ersten Welt“ sozialisierter Mensch das dortige ländliche Leben ansatzweise verstehen zu können. Hier stehen die Frauen um 4 Uhr auf, um Mais-Tortillas, Bohnen und Kaffee für die Familien zuzubereiten. Oft müssen sie das Wasser von Flüssen zu ihren Hütten tragen. Die Männer machen sich nach dem Frühstück auf den Weg zur Feldarbeit, wobei die Jungen vor und nach der Schule - sofern sie diese besuchen können - dort mithelfen müssen, während die Mädchen ihre Mütter bei der Hausarbeit und der Betreuung der Kleinsten unterstützen. Jeden Tag muss zudem Brennholz herbeigeschafft werden. Ferien gibt es nicht, freie Tage sind äusserst selten und für die Frauen existieren sie überhaupt nicht. Der Ausschluss der mehrheitlich indigenen Bevölkerung von der Bildung ist immens, was sich durch Mangel an politischem Willen und finanziellen Mitteln seitens der Regierungen (Lehrkräfte, Gebäude, Bücher etc.) und an der Notwendigkeit der Mithilfe der Kinder bei der Landwirtschaft erklärt. Noch immer sterben viele Menschen an heilbaren Krankheiten wie Husten, Fieber, Durchfall oder an den Folgen der Unterernährung, weil die gesundheitliche Versorgung nach wie vor über weite Strecken katastrophal ist, einfache Ambulanzen sind z.T. mehrere Tagesreisen entfernt und Operationen können viele Menschen nicht bezahlen.

Traditionen des Widerstandes

Und doch leben viele, die heute die Erwachsenengeneration stellen, etwas besser als ihre Eltern, die in überwältigender Mehrheit unter „ihren“ Patrones vegetieren mussten, jenen direkt oder indirekt aus Europa stammenden Grossgrundbesitzern, die die Landbevölkerung jahrhundertelang durch Gewalt und ein ausgeklügeltes System der Schuldknechtschaft beherrschten. Einige Eltern der heutigen Landbevölkerung flohen und gründeten ab den 1950er Jahren Siedlungen, die sie unter grosser Repression schliesslich in wenigen Fällen etablieren konnten, da sich weitere Familien anschlossen.
Die Ungleichverteilung des Landes und die Ausbeutung, für die Chiapas „berühmt-berüchtigt“ ist, blieben jedoch weitgehend unangetastet. Während der 1970er und 80er Jahre wuchs zudem die Problematik der Landfrage aus verschieden Gründen rapide an: Vertreibungen durch die Zunahme von Viehwirtschaft und Agrarproduktion seitens der Grossgrundbesitzer, Flüchtlinge aus Krisenregionen ausser- und innerhalb von Chiapas, Dissidenz innerhalb der indigenen Gemeinden, Überschwemmungen grosser Anbau- und Siedlungsflächen durch den Bau gigantischer Talsperren zur Energiegewinnung u.v.m.. Die Folge war weitere Verelendung. Hunderttausenden Menschen, die auf der unfruchtbaren Gebirgserde überleben mussten, standen wenige Finqueros (Grossgrundbesitzer) gegenüber. Chiapas ist einer der wenigen Bundesstaaten, in denen die in der mexikanischen Revolution von 1910-1917 vom radikalen Flügel unter Emiliano Zapata erkämpfte Landreform überhaupt nicht umgesetzt wurde: Die Gesellschaftsordnung blieb von extremer sozialer Ungleichheit geprägt, auch die Zentralregierung unter der PRI (Institutionelle Revolutionäre Partei, in Mexiko von 1929 bis 2000 an der Macht) hatte daran Interesse, profitierte sie doch von den Deviseneinnahmen z.B. des einträglichen Kaffee-Exports.

Legale Proteste der Bevölkerung brachten kaum Veränderungen der Situation, öffentliche Organisationsversuche wurden mit Unterdrückung und Morden z.B. an Gewerkschaftsaktivisten beantwortet. Doch es gab eine intensive Organisierung im Verborgenen. Vor diesem Hintergrund erscheint die enorme Unterstützung für die bewaffnete Erhebung der EZLN vom 1.1.1994 für „Land und Freiheit!“, gegen Unterdrückung und Ausgrenzung logisch. Viele UnterstützerInnen der Bewegung besetzten unter dem indirekten Schutz ihrer Guerrilla in den Jahren 1994 und 1995 Ländereien, wo sie neue Siedlungen gegründeten, die in ihrer Mehrheit bis heute existieren. Angemerkt sei hier allerdings, dass die ehemaligen Besitzer, die Finqueros, von der Regierung, ihren „Klassenbrüdern“, nicht gerade kleinlich

entschädigt wurden - aus Angst vor einer Ausweitung der Rebellion.
Die Zapatistas, deren Waffen seit Mitte Januar 1994 schweigen, führen nun seit Jahren einen rein politischen Kampf. Es ist allgemein anerkannt, dass die EZLN einen bedeutenden Anteil am Aufbrechen des PRI-Systems hatte. Sie inspirierte ferner die mexikanische und internationale Linke in einer Zeit, als niemand mehr mit relevanten linken Bewegungen rechnete und war eine Hauptprotagonistin des antineoliberalen Widerstands. Sie stiess mit ihrem anti-avantgardistischen Vorschlag, breite, undogmatische, heterogene und dabei horizontale Widerstandsnetzwerke aufzubauen, auf grosse Zustimmung und die internationale „Antiglobalisierungsbewegung“ ist sicherlich in diesem Kontext zu verstehen.
Die EZLN wird zudem von ca. 90 Prozent der über 50 Indígena-Gruppen Mexikos als legitime Vertreterin der indigenen Bevölkerung betrachtet.
Die unorthodoxen Kommuniqués der EZLN und ihre grossen spektakulären zivilen Aktionen (Intergalaktisches Treffen 1996 im Aufstandsgebiet mit 4.000 Menschen aus über 40 Ländern, Marsch der 1.111 Zapatistas nach Mexiko-Stadt 1997, Mitgründung des Nationalen Indígena-Kongresses CNI, mexikoweite Befragung „Consulta“ 1999 oder die „Karawane der Würde“ der EZLN-Leitung 2001), die ihr bereits das Attribut „Medienguerrilla“ einbrachten, wurden weltbekannt und haben der Bewegung viel Aufmerksamkeit und bereits jetzt einen dauerhaften Platz in Geschichte eingebracht.

Alltägliche Autonomie, alltägliche Aufstandsbekämpfung

Viel weniger bekannt ist jedoch der steinige Weg, um eine der zapatistischen Kernforderungen, die Selbstverwaltung der indigenen und ländlichen Gemeinden, durchzusetzen: der alltägliche Widerstand in den Basen dieser Befreiungsbewegung. 1996 hatten Regierung und EZLN die Abkommen von San Andrés unterschrieben, die den indigenen Gemeinden kollektive Rechte zuschreiben: Selbstverwaltung (innerhalb von Mexiko), die Anerkennung der indigenen Kulturen, die Bestimmung eigener Autoritäten auf eigenen Wegen sowie die Entscheidungsbefugnis über die Territorien, die von ihnen bewohnt werden. Bis heute haben die Regierungen diese Abkommen nicht erfüllt, auch die neue Regierung nicht, die bei vielen Staatsregierungen als „demokratisch“ gilt. Im April 2001 wurde eine völlig verwässerte Version der San Andrés-Abkommen verabschiedet, die von allen progressiven Kräften strikt abgelehnt und als Alibiveranstaltung betrachtet wird.

Die Gemeinden als Austragungsorte wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Angriffe

Seit Jahren gibt es ca. 40 autonome Landkreise mit Hunderten von Dörfern und Siedlungen in verschiedenen Regionen von Chiapas, deren Widerstand seit 1994 anhält. Die EZLN setzt dadurch praktisch die Abkommen in ihren Gemeinden um.
Seitdem sind diese Unterstützungbasen nicht nur die Adressatinnen internationaler und mexikanischer Solidarität, sondern auch Austragungsorte der entgegengesetzten politischen Lager: Auf der einen Seite die auf Autonomie zielende Bewegung der Zapatistas, auf der anderen Seite die RegierungsanhängerInnen bzw. die systemtreu Oppositionellen - häufig Opfer derselben Misere. Und nicht überall, wo es Zapatistas gibt, sind alle DorfbewohnerInnen Unterstützerungsbasis. Es gibt auch gespaltene Gemeinden, in denen z.B. 12 Familien Basis sind, 20 Familien der Regierung und 8 Familien einer regierungs- sowie EZLN-ablehnenden Bauernorganisation nahestehen.
In diesem komplexen Kontext darf es nicht um Schwarz-Weiss-Denken gehen, denn in vielen gespaltenen Gemeinden gibt es ein Minimum an Toleranz untereinander. Aber in der konkreten Lebensführung gibt es ganz klare Trennlinien zwischen jenen Gruppierungen, die Hilfe akzeptieren, und den Zapatistas, die bis heute überhaupt nichts von der Regierung annehmen, während sich das Leben der RegierungsanhängerInnen hier und da schrittweise verbessert.
Denn seit 1994 fühlen sich die Regierungen genötigt, neben militärisch-polizeilichen „Sicherheitskräften“ auch Geld in die Aufstandsregion zu pumpen, um den Konflikt zu entschärfen - nach dem Motto „Kommt zu uns, es lohnt sich!“. Und sowohl die chiapanekische als auch die zentrale Regierung haben sehr viel geboten, um der zapatistischen Bewegung die Basis abspenstig zu machen, sie zu korrumpieren, zu spalten und so zu schwächen: Baumaterial für neue Häuser, Gesundheitsversorgung, Kredite, Staatsprogramme zur Förderung der Landgemeinden („Procampo“, „Progresa“), Strassenbau, Elektrizität, Wasserleitungen, Sicherheit, Schulen usw.. Mit jeder Massnahme geht die Botschaft einher, dass ein erträgliches Leben nur in Kooperation mit der Regierung möglich sei.
Im Bildungsbereich werden von der Regierung z.B. dort Schulen inklusive Lehrkräfte zur Verfügung gestellt, wo die Kinder früher keinerlei Zugang hatten. Und „auf einmal“ wird neben Spanisch auch die jeweilige Indígena-Sprache unterrichtet - undenkbar vor 1994. Klar, dass die Lehrinhalte nicht gerade regierungskritisch ausfallen.
Besonders bitter ist auch die Gesundheitssituation, denn der Staat nutzt die allgemeine Misere auf dem Land

aus, um so auch die zapatistische Basis abhängig zu machen, indem er Ambulanzen installiert, die medizinische Leistungen anbieten. Die Gesundheitsstationen bieten zudem für die Regierung immer die Möglichkeit, die Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsbewegungen auszuspionieren und bilden in diesem Konflikt dadurch ein attraktives Werkzeug.
Der Widerstandswille der Zapatistas soll durch diese wirtschaftliche und soziale „Aushungerung" gebrochen werden. Diese fordern in dieser Phase ihres Kampfes jedoch vor allem die Umsetzung der Verträge von San Andrés, alles andere, was von der Regierung kommt, wird als beleidigende Almosen betrachtet und radikal abgelehnt.
Aus freiwilliger oder erzwungener „Dankbarkeit" fertigten einige EmpfängerInnen der staatlichen Hilfen in Gebieten, die der Staat nicht kontrollieren kann, Namenslisten mit Zapatistas und „wichtigen" Personen der Bewegung an und setzten diese so erheblicher Gefahr aus, die in einigen Fällen tödlich endete.
Nicht vergessen werden dürfen in diesem Kontext die bis heute andauernden Belästigungen und Einschüchterungen durch das Militär und die Polizei, die immer wieder das Vieh töten, Drogen auf den Feldern der Bevölkerung aussähen, Prostitution organisieren, die Menschen an der Feldarbeit hindern und das Leben der Dörfer generell erheblich stören. Auch der Terror der Paramilitärs, die von lokalen und regionalen Funktionären aufgebaut werden, geht weiter, um die schmutzige, „inoffizielle" Arbeit der Vertreibung und des Mordens zu erledigen. In Chiapas (aber auch in anderen armen Teilen Mexikos) werden Menschenrechte gezielt und systematisch verletzt, um progressive gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern.

Diese methodische Mischung der staatlichen Taktik aus gewaltsamer Repression, Terror, Bestechung und gezielten Sozialmassnahmen wird als „Kriegsführung der niederen Intensität" bezeichnet, die in den US-orientierten Schulen der Aufstandsbekämpfung gelehrt wird. Zum Teil fruchtet dieses Konzept und es gilt als sicher, dass die zapatistische Basis sich ein wenig - entgegen der Regierungspropaganda aber nicht erheblich - verringert hat.

„Resistencia!"

Diese Strategie ist jedoch ebenfalls Thema in den zapatistischen Gemeinden. Sie wird

von der Bewegung sehr wohl erkannt und reflektiert. Aus diesen Gründen nehmen die Zapatistas bis heute keinerlei Hilfe an, sondern bauen seit Jahren unter erheblichen Mühen ihre autonomen Strukturen auf und aus. So gibt es beispielsweise PromotorInnen für Bildung und Gesundheit, die von eigenen Leuten oder unabhängigen solidarischen Gruppen ausserhalb des Aufstandsgebiets qualifiziert werden. Durch diese Anstrengungen gibt es inzwischen viele kleine Gesundheitsstationen und autonome Schulen.
Mehrere Dutzend Gemeinden haben zudem „Zivile Camps für den Frieden" eingerichtet, in denen internationale BeobachterInnen anwesend sind, um eventuelle Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zur allgemeinen Beruhigung der gespannten Situation beizutragen. Sie werden von Organisationen vor Ort betreut und dürfen sich in keiner Weise in die Politik einmischen.
Um Raum zur Reflektion und Solidarität untereinander zu schaffen, führen die EZLN-Basen die Kollektivarbeit weiter, die es seit vorkolonialer Zeit gibt. So wird beispielsweise eine Woche das Feld einer Familie bearbeitet, um in der folgenden Woche die „milpa" einer anderen Familie zu betreuen usw. Es gibt auch kollektive Projekte und Anschaffungen, wie z.B. Gärten oder Bäckereien, die in Gemeinschaftseigentum sind.
Ein wichtiger Aspekt des alltäglichen Kampfes ist auch das Alkoholverbot in den zapatistischen Gemeinden, das die EZLN-Frauen durchsetzen konnten. Sie sind nun seltener Opfer von Männergewalt, zudem vertrinken die Männer, die ausserhalb arbeiten, nicht mehr ihren Lohn wie z.T. zuvor und die Lage ist allgemein ruhiger. Diese Regelung gefällt in einigen Regionen auch den Frauen der „Gegenseite", die stark unter dem Alkoholismus ihrer Männer leiden, die häufig literweise hochprozentigen Alkohol in ihre Gemeinden mitbringen, wenn sie die staatliche Unterstützung in der nächsten Stadt abgeholt haben. Schon seit Generation funktioniert der Alkohol auf diese Weise bestens im Sinne der Herrschenden, um arme Bevölkerungsteile zu „betäuben" und in Abhängigkeit zu halten.

Die überregionale politische und kulturelle Koordination der Zapatistas findet in den fünf „Aguascalientes" statt, die als Zentren der gesamten Bewegung fungieren und über Kliniken, Werkstätten und weitere wichtige Logistik verfügen.
Wichtig ist auch der Hinweis, dass die verschiedenen Regionen ihre Autonomie durchaus unterschiedlich ausgestalten, was den heterogenen und basisbezogenen Charakter der Bewegung wiederspiegelt.

Materielle und immaterielle Hilfe nehmen die zapatistischen Basen nur von unabhängigen Organisationen an; den Löwenanteil der Arbeiten leisten die Basen jedoch von sich aus und liefern damit den Nachweis, dass eine gesellschaftliche Selbstorganisation sogar unter den hässlichen Bedingungen des „Krieges der niederen Intensität" möglich ist.

Die EZLN-AnhängerInnen sind sich bewusst, dass ihr Weg ein langer und schwieriger Kampf ist, aber sie haben gesehen, wohin die Friedensverträge und Regierungsversprechungen in anderen Staaten wie Guatemala oder El Salvador, in denen es ebenfalls bedeutende linksgerichtete Guerillabewegungen gab, geführt haben: zu einer Situation, die gleich schlecht oder schlechter ist, wobei auch noch das internationale Interesse abnimmt, da die Konflikte angeblich gelöst seien.

Die zentrale Botschaft eines Landkreissprechers während unseres Aufenthaltes in einem Friedenscamp lautete: „Erzählt den Leuten in Euren Ländern, dass die neue Regierung von Vicente Fox nicht besser ist. Viele Menschen in anderen Ländern glauben, das sei eine demokratische Regierung, aber das stimmt nicht. Sie ist sogar noch schlechter als die PRIistas. Sie setzt die Abkommen nicht um, sie zieht die Armee nicht aus Chiapas ab, sie erzählt, sie würde die Forderungen der Zapatistas erfüllen, aber das sind pure Lügen.
Doch erzählt auch, dass wir nicht nachgeben werden. Wir werden weitermachen mit dem Widerstand. Wir haben nicht vergessen, wofür wir unsere Erhebung gemacht haben. Und wir suchen nach Wegen, auch die Brüder, die jetzt die Regierung unterstützen, zu überzeugen, dass es besser für sie ist, für die Autonomie zu kämpfen."

Perspektiven

Vor dem Hintergrund des von Unterernährung, Angst, Krankheit, Ausgrenzung, Entbehrung und Eintönigkeit geprägten Alltags erscheint die Hartnäckigkeit der Gemeinden unglaublich konsequent und bewundernswert. „Zapata lebt, der Kampf geht weiter!" ist eine populäre Parole hier - und tatsächlich wird in den nächsten Monaten ein neuer autonomer Landkreis „Lucio Cabañas" (benannt nach dem ermordeten Leiter der Guerilla „Partei der Armen" aus Guerrero um 1972) ausgerufen werden. Und die Vertriebenen des ersten Aguascalientes „Guadalupe Tepeyac", die 7 Jahre lang im Exil im Wald lebten, sind im Februar zurückgekehrt und bauen ihre von der Armee zerstoerte Siedlung wieder auf.
Die Gemeinden kämpfen demnach nicht für die schnelle, private und kleine Verbesserung ihres Lebens, sie halten bis heute durch; für längerfristige Veränderungen, die bis an die Wurzel der gesellschaftlichen Ordnung reichen: die Autonomie.
Das Konzept der Autonomie bleibt dabei nicht bei der Frage der Indígenas stehen. Der Anspruch der EZLN ist, in einem Prozess gemeinsam mit der kritischen Bevölkerung eine Gesellschaft zu formen, in der sämtliche Personen, die Funktionen innehaben, „gehorchend" agieren - ein radikal basisdemokratisches Konzept also, welches im wirtschaftlichen und sozialen Sinne die Dominanz einer kleinen Minderheit über eine Mehrheit ausschliesst. Dies bedeutet - zu Ende gedacht - die Ablehnung von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus.

Es ist lohnenswert und wichtig, den legitimen Kampf der EZLN - selbstverständlich mit kritischer Solidarität - zu unterstützen. Es ist weiterhin dringend von Nöten, dass diese emanzipatorische Bewegung nicht in Vergessenheit gerät, denn die Herrschenden setzen auf Zeit und hoffen, dass diejenigen, die solange vergessen waren, wieder „verschwinden".

Luz, Gruppe B.A.S.T.A.

c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster, gruppeBASTA@gmx.de

Menschenrechtsbeobachtung:
Wer die Wahrung der Menschenrechte in der Aufstandsregion unterstützen will, kann dies als Friedensbeobachter/in vor Ort in Chiapas leisten. Dafür sind allerdings eine intensive Vorbereitung, Spanischkenntnisse und mind. 4 Wochen Zeit Voraussetzung. Informationen sind erhältlich unter: CAREA e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, www.buko.info/carea

aus: graswurzelrevolution April 2002

Zapatistische Gemeinden in Bedrängnis
Internationale BeobachterInnen gesucht

In einem Brief vom 16. Mai hat sich das mexikanische Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de las Casas" aus San Christobal, Chiapas, an Unterstützergruppen in aller Welt gewandt. Das Zentrum, das seit Jahren zapatistische Gemeinden begleitet, weist auf die zugespitzte Situation insbesondere im Biosphärenreservat von Montes Azules hin und erklärt, daß deshalb dringend internationale BeobachterInnen gesucht werden:
„Zur Zeit ist die Situation sehr schwierig; (...) In den vergangenen Wochen haben eine Reihe von Agressionen und Bedrohungen gegen verschiedene Gemeinschaften dieser Region stattgefunden, verübt durch die Staats- und Bundesbehörden."
Internationale Präsenz stellt für die aufständischen indigenen Gemeinden einen wichtigen Schutz vor Übergriffen dar. Am 19. April haben zwei weitere Dörfer dieser Zone um internationale Begleitung gebeten. Fray Bart dazu: „Diese Gemeinschaften befinden sich in einer sehr kritischen Lage, in der es um Ihr Überleben geht. Sie sind von den Räumungen akut bedroht. (...)
Aus diesem Grund appellieren wir an die inländische und internationale Solidarität, in der Wachsamkeit nicht nachzulassen und diese Gemeinden weiterhin zu begleiten, besonders da wir in diesen Zeiten wenig Präsenz von BeobachterInnen und die Präsenz der Zivilgesellschaft erneut dringend wird, sowohl in den neu eingerichteten Friedenscamps, wie auch in den bestehenden. Wir hoffen, bald mit Eurer Präsenz für mindenstens 15 Tage zu rechnen, damit wir gemeinsam einen Weg zu einer gerechteren Gesellschaft bauen.", so das Menschen-rechtszentrum.

In Deutschland bereitet CAREA e.V. BeobachterInnen auf diese Einsätze vor.
Die nächsten Vorbereitungsseminare beginnen am 12. Juni.
Kontakt:
Tel./Fax: 030-42 80 56 66
E-mail: carea@gmx.net
Website: www.buko.info/carea

- logik macht krieg -

BUKO26 Kongress vom 6. - 9. Juni 2003 in Bremen

Vom 6. -.9. Juni wird der BUKO 26 in Bremen stattfinden. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO, des Antipatriarchalen Netz/Berlin, von Crossover und der bundesweiten antimilitaristischen Koordination „Krieg ist Frieden“ (KIF). Krieg ist das zentrale Thema des diesjährigen BUKO. Krieg zu führen, ist gar nicht so einfach. Nicht nur Waffen sind nötig, gebraucht werden ebenso Menschen, die bereit sind, im Krieg zu töten und getötet zu werden, ein komplexe Logistik, ein Feind. Menschen müssen zu SoldatInnen gemacht, gesellschaftliche Zustimmung muss hergestellt und der eigene Vorteil sichergestellt werden. Dennoch sind Kriege so alt wie die Geschichte. Permanent werden irgendwo auf der Welt kleine und große Kriege geführt. Der Krieg bleibt, doch Formen und Akteure von Kriegen wandeln sich. Waren in Zeiten des Kalten Krieges mehr oder minder dezente Einmischungen in innere Konflikte zu Gunsten der ideologisch passenden Seite die Wahl der Stunde, sind Kriege „für Menschenrechte“ und „gegen Terror“ im letzten Jahrzehnt wieder zum ganz offiziellen Mittel internationaler Politik geworden. Kapitalistische Globalisierung wird militärisch begleitet. Vom grellen Licht der Weltöffentlichkeit unbeleuchtet halten daneben Bürgerkriege in zerfallenden afrikanischen Staaten seit Jahren an, fordert die „Aufstandsbekämpfung“ in Kolumbien oder anderswo Menschenleben. Krieg hat seine Ursachen immer im jeweiligen gesellschaftlichen System und hat Rückwirkungen darauf. Der BUKO 26 will das Phänomen Krieg in Bezug zu kapitalistischer Globalisierung und Patriarchat, Machtpolitik und Alltagslogik, historischen Brüchen und rassistischen Kontinuitäten setzen. Dabei steht weniger das tagesaktuelle Geschehen im Vordergrund, als das gemeinsame Bemühen, Krieg im Hinblick auf seine Ursachen, seine Formen und Akteure, seine Funktion innerhalb des kapitalistischen und patriarchalen Systems, seine Auswirkungen und seine gesellschaftliche Durchsetzung besser zu verstehen. Nicht zuletzt geht es uns um den Versuch, Friedensvisionen und Möglichkeiten radikaler Antikriegsopposition und -aktionen zu entwickeln, denn eine einmischungsfähige Friedensbewegung jenseits von Anti-Bush-Parolen und Lichterketten tut Not. Der BUKO 26 soll dazu einige Bausteine liefern. Der Kongress versteht sich als Plattform, für Gruppen und Aktive aus unterschiedlichen politischen Spektren. Wir wollen produktiv streiten, voneinander lernen und gemeinsame Perspektiven gegen Krieg entwickeln. Dafür und für informellen Austausch und Vernetzung, für Klönen und Kultur, gibt es Zeit und Raum auf dem BUKO 26. Hinkommen. Mitmachen. Gegen Krieg. Für Frieden.

Mitmachen und Infos:
BUKO - Kongressbüro Bremen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 04 21/3 64 87 92
buko26@yahoo.de
Öffnungszeiten: Mo - Fr 9-15 h
Anmeldung:
BUKO - Geschäftsstell
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel. 0 40/39 31 56
Fax 0 40/28 05 51 22

Programm

Freitag
18 h Abendesssen
19. 30 Uhr Begrüßung
20 h logik-macht-krieg-logik-macht: Podium und gemeinsame Diskussion der BUKO 26 TeilnehmerInnen

Ab ca. 22 h: Cocktailparty mit politischen und kulturellen Präsentationen verschiedener Gruppen

Samstag
Ab 9 h Frühstück
10 - 13 h AG-Phase I
13 - 15 h Mittagspause
15 - 17 h AG-Phase II: Fortsetzung der

Arbeitsgruppen vom Vormittag
17 - 17. 30 h Kaffeepause
18 h AG-Zusammenschlüsse
20 h Abendessen
21. 30 h „Was böse ist, bestimme ich“ Eine multimediale KRIEGSSHOW von und mit Andreas Marx

Sonntag
Ab 9 h Frühstück
10 - 13 h AG-Phase III: Info-AG's
13 - 15 h Mittagspause
15 h Sex, Race, War: Podium ·
17 h Kaffeepause
17.30 h Kongressversammlung/

Mitgliederversammlung der BUKO
20.30 h Abendessen
22 h SACHZWANG UND GEMÜT - sarkastische und analytische texte über die republik, die welt und unsere nachbarn von Ebermann & Trampert ·
Danach: Kongressfest

Montag
Ab 9 h Frühstück
10.30 h Abschlusspodium: Desertieren? Sabotieren? Eingreifen? Was tun! · ·
Danach : Mittagessen und Aufräumen

logik macht krieg
BUKO26 Kongress 06.-09. Juni 2003 in Bremen
Bundeskoordination Internationalismus
Bundesweite antimilitaristische Koordination "Krieg ist Frieden"
Antipatriarchales Netz Berlin
Crossover

Termine im Juni

Termine im Juni

So. 1.6. 18:00 RedRedRed Konzert: Clost Monster
Do. 5.6. 22:00 Fachschaftsparty Germanistik
20:30 Film: „Kanal B“ zu Argentinien
Fr. 6.6. 23:30 Tatort Tanzfläche
Sa. 7.6. 22:00 Homophilias
Mo. 9.2. 20:30 Veranstaltung: Argentinien
Di. 10.6. 20:00 RedRedRed Konzert: Forstella Ford Trapdoor Fucking Exit
Do. 12.6. 20:30 Veranstaltung: Die russische Linke und Tschetschenien
Fr. 13.6. 21:00 Konzert: Corezone (Metal)
Sa. 14.6. 22:00 FrauenLesben-Disco
Mo.16.6. 20:30 Veranstaltung: Ecuador
Sa. 21.6. 22:00 Männerfabrik
Do.26.6 22:00 Fachschaftsparty Sachunterricht
Sa. 28.6. 22:00 Rosa Disco
Juli
Sa. 5.7. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
Di. 8.7. 22:00 RedRedRed Yaphet Kotto The Now Denial, Oliver North

regelmäßige Termine

regelmäßige Termine

Wöchentlich:

Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugencafe „Kaluppe“
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do. 19.00 Vokü
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
4. Do. 21:00 Metropole-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum

die photos entstanden in Argenitinen bei einer Auseinandersetzung zwischen ProtestiererInnen und den Bullen nach der Räumung einer selbstverwalteten Fabrik